



DIE ROTEN IM BAUERNLAND

GRÜNDUNG & GRÜNDUNGSZEIT
DER OBERÖSTERREICHISCHEN SOZIALDEMOKRATIE

Bernd Dobesberger



DIE ROTEN IM BAUERNLAND

GRÜNDUNG & GRÜNDUNGSZEIT
DER OBERÖSTERREICHISCHEN SOZIALDEMOKRATIE

Bernd Dobesberger

HERZLICHEN DANK

- dem Institut für Wissenschaft und Kunst in Linz mit Herbert Edlinger
und dem Museum Arbeitswelt in Steyr
für die Hilfe bei der Suche nach Bildern
 - Georg Hubmann vom Jahoda-Bauer-Institut
für seine vielfältige Unterstützung
 - und für die Korrekturen und Verbesserungen im Text an Moritz Ablinger,
allfällige Fehler gehen aber auf mein Konto!
- Bernd Dobsberger

Eine Version des Texts dieser Broschüre mit allen Quellenangaben findet sich auf:
renner-institut.spooe.at/mediathek/downloads/

IMPRESSUM

SPÖ Oberösterreich
Landesbildungsausschuss
Landstraße 36, 4020 Linz
Druck: Druckerei Gutenberg Linz
Linz, Dezember 2021, 2. korrigierte Auflage

INHALT

130 JAHRE SPÖ OBERÖSTERREICH	5
VORNEWEG	7
DIE ROTEN VOM GOLDENEN HIRSCHEN	9
DER MÜHSELIGE WEG ZUR EINIGUNG	11
DIE WIRTSCHAFTLICHE UND POLITISCHE ENTWICKLUNG	5
DIE ELENDE: ARBEITER UND ARBEITERINNEN	15
LOHN	15
ARBEITSZEIT	17
WOHNEN	17
GESUNDHEIT	17
DIE ARBEITERBEWEGUNG VOR 1891	21
AUFBRUCH!	25
DER EINIGUNGSPARTEITAG IN HAINFELD	25
ERSTER 1. MAI	27
JAHRZEHNTELANG VERFOLGT	29
VON DER EINIGUNG BIS ZUM ERSTEN WELTKRIEG	31
WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN	31
DER AUFBAU DER SOZIALDEMOKRATISCHEN ORGANISATION	33
FRAUEN IN DER PARTEI	35
KONFLIKTE UND KÄMPFE	39
BIERPREIS: VOM KRAWALL ZUM KAMPF GEGEN KARTELLE	39
KULTURKAMPF	41
ARBEITSKÄMPFE	43
VERKÜRZUNG DER ARBEITSZEIT	45
WAHLRECHT	47
ZUM SCHLUSS	55
VERWENDETE LITERATUR	60



*Landesrätin Birgit Gerstorfer,
Landesparteivorsitzende der SPÖ OÖ.*

130 JAHRE SPÖ OBERÖSTERREICH

„Die Arbeit hoch!“ – das ist der Refrain der inoffiziellen Hymne der österreichischen Sozialdemokratie – dem bereits 1868 erstmals aufgeführten „Lied der Arbeit“. Die Botschaft war klar: Alles, was von Menschen erdacht und erschaffen wurde, ist durch Arbeit entstanden. Und damit von jenen, die diese Arbeit tun. Das „Lied der Arbeit“ ist somit auch ein Lobgesang auf die arbeitenden Menschen. Denn sie halten die Welt am Laufen. Das galt vor 130 Jahren, das gilt noch heute.

In Werkstätten, Fabrikhallen und Büros, in Kindergärten und Pflegeheimen, in Einkaufszentren und Restaurants, in Schulen und Theatern, zu Hause und auf dem Hof, dort und überall arbeiten auch heute die Menschen, die die Welt am Laufen halten.

Vor 130 Jahren haben Vertreter oberösterreichischer Arbeitervereine beschlossen, eine Landesorganisation der Sozialdemokratischen Partei zu gründen. Damit ist nicht nur eine politische Partei entstanden, es ist damit eine Organisation Wirklichkeit geworden, die einerseits die Interessen der abhängig Arbeitenden gebündelt und vertreten hat und andererseits auch Stolz und Selbstbewusstsein dieser Menschen ausgedrückt hat.

Das hat Anfang der 1890er Jahre gegolten und das gilt auch heute noch! Die Sozialdemokratie will unverwechselbare Partei und lebendige Interessensvertreterin alljener sein, die nicht allein sondern gemeinsam, solidarisch und menschenwürdig eine Verbesserung der Verhältnisse erreichen können.



*Bernd Dobesberger,
Landesbildungsvorsitzender der SPÖ Oberösterreich.*

VORNEWEG

Im November 1891 fiel der Gründungsbeschluss für die Landesparteiorganisation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oberösterreich. In diesem knappen Text sollen nun einerseits die groben Konturen des Entstehens der Arbeiterbewegung in Oberösterreich nachgezeichnet werden, andererseits auch kleine Details sichtbar gemacht werden. Diese beiden Elemente zusammen ergeben hoffentlich ein klares und lebendiges Bild. Widersprüche und Konflikte gibt es darin ebenso wie große Siege, schmerzhaftes Niederlagen und den normalen Alltag. Die Gründung der Sozialdemokratie zeigt auch die Bedeutung des langen politischen Atems. Ohne ihn können wegweisende Forderungen nicht verwirklicht werden. Deshalb ist es notwendig, beim Kampf um die beiden zentralen Forderungen der eben gegründeten österreichischen Sozialdemokratie, dem Achtstundentag und dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht für alle, bis in die 1. Republik zu blicken.

Warum sich aber mit diesen alten Angelegenheiten beschäftigen? Darauf gibt es zwei Antworten. Erstens stellt sich für Angehörige und Freund*innen jeder Organisation, wenn sie nicht mehr ganz jung ist, die Frage nach der gemeinsamen Geschichte. Die Beantwortung dieser Frage dient zur gemeinsamen Selbstvergewisserung und es entsteht oftmals auch ein kollektiver Stolz, sich in die lange Reihe von Aktivitäten für übergreifende Ziele eingereiht zu haben. Zweitens kann mit der Untersuchung historischer Verhältnisse auch das Verständnis der heutigen Bedingungen erleichtert werden. Das meint keine großartigen „Lehren aus der Geschichte“, das meint, dass der analytische Blick auf Vergangenes den Blick auf das Heute schärfen kann.

Es brachte Genosse Neander den Bericht über die Partei- und Vereinsverhältnisse (...). In Gründung seien die Gewerkschaften der Bauarbeiter, der Metallarbeiter, der Hafner und der Schneider. Er teilte mit, dass es uns nicht gelungen ist, in den größeren Fabrikorten, wie Kleinmünchen, Traun, festen Fuß zu fassen, da jeder Genosse der einigermaßen agitatorisch tätig sei, gemäßregelt wird. Auch sind zu wenig agitatorische Kräfte vorhanden, was zur Folge hat, dass einzelne Genossen sich vollständig aufreiben. Auch die Zahl der Vereinsmitglieder drückt nicht unsere Parteistärke aus, denn unsere öffentlichen Veranstaltungen, wie Volksversammlungen, Feste, Vorträge usw. erfreuen sich eines starken Besuches und dürfte in diesen der Gradmesser, wenigstens derzeit, über das Anwachsen der Partei seine Bestätigung finden.

» AUS:

ANTON WEIGUNY: „ERINNERUNGEN EINES ALTEN“, LINZ 1911



Das Gasthaus „Zum Goldenen Hirschen“ in der Hirschengasse war Ende des 19. Jahrhunderts der wichtigste Treffpunkt der Arbeiterbewegung in Linz. Hier wurde am 22. November 1891 der Beschluss zur Gründung der oberösterreichischen Landespartei gefasst.

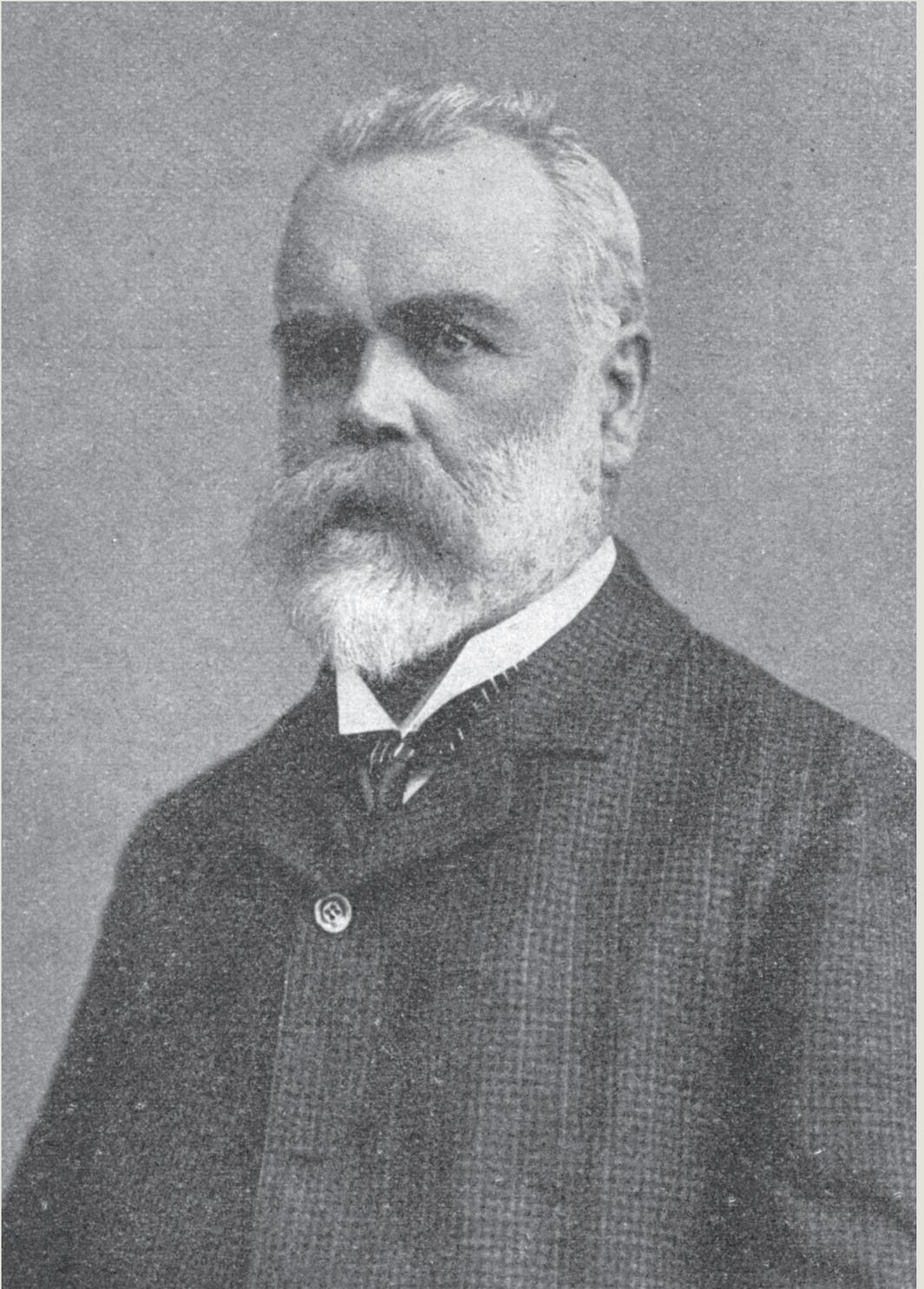
DIE ROTEN VOM GOLDENEN HIRSCHEN

Der 22. November 1891 war ein Sonntag, der einzige arbeitsfreie Tag der Woche. Größere politische Sitzungen, Tagungen und Konferenzen mussten am Ende des 19. Jahrhunderts immer an Sonn- oder Feiertagen stattfinden: Der Einigungsparteitag in Hainfeld wurde Silvester und Neujahr 1888/89 durchgeführt, der erste österreichweite Gewerkschaftskongress fand vom 24. bis zum 26. Dezember 1893 in Wien statt. Und die erste Landeskonferenz der oberösterreichischen Sozialdemokratie eben an diesem Sonntag im November. Es war die gemeinsame Gründungsversammlung der Landesparteien von Oberösterreich und Salzburg. Der Tagungsort war das Wirtshaus „Zum Goldenen Hirschen“ in der Linzer Hirschgasse. Das Lokal – das Gebäude gibt es heute nicht mehr – war die Zentrale einer Reihe von Arbeitervereinen. Mehrere Gewerkschaftsvereine trafen sich hier, ebenso die Krankenkassen der Tischler und der Schneider. Ab 1893 gab es auch einen Arbeiterinnenbildungsverein, der hier seinen Sitz hatte. Und Anton Weiguny, der wichtigste Führer der jungen oberösterreichischen Arbeiterbewegung, hatte im Dreifaltigkeitszimmer des „Goldenen Hirschen“ faktisch sein Büro.

82 Delegierte aus 22 Orten Oberösterreichs und Salzburgs waren bei der Gründungskonferenz anwesend. Dazu waren drei Gäste gekommen, einerseits Genosse Resch, als Vertreter der Grazer Arbeitervereine, und andererseits aus Wien der spätere Bürgermeister Jakob Reumann sowie Maria Grubinger. Es ist davon auszugehen, dass es sich bei den Delegierten durchwegs um Männer gehandelt hat.

Während des ersten Tagesordnungspunktes „Situationsberichte“ wurden die Mitgliederzahlen der vertretenen Vereine berichtet. Demnach hatte der allgemeine Arbeiterverein in Linz 150 Angehörige, die Fachvereine der Stadt folgende Mitgliederzahlen: Tischler 135, Bäcker 87 und Schuhmacher 43. Dazu kamen 42 Mitglieder bei den Arbeitersängern. Auch abseits der Landeshauptstadt gab es mitgliederstarke Organisationen: Mauthausen 350, Schwertberg 250, Ried 85, Wels 60, Weyer 50. In Steyr waren die Arbeitervereine polizeilich noch verboten. Besprochen wurde in weiterer Folge der Tagesordnung auch das Problem bei der Agitation für die Sozialdemokratie unter den Arbeitern, da Informationsmaterial fehlen würde. Daher wurde vereinbart, Flugblätter und Broschüren zu produzieren.

Schlussendlich wurde auf Antrag von Anton Weiguny beschlossen, je einen Landesverein der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei für Oberösterreich und für Salzburg zu gründen.



*Anton Weiguny (1851 – 1914), der gelernte Schneider war der wichtigste Vertreter der oberösterreichischen Sozialdemokratie in der Gründungszeit.
Er stellte 1891 den Antrag zur Gründung der Landespartei.
Nach den Reichsratswahlen 1907 war er Mandatar im Abgeordnetenhaus in Wien.*

DER MÜHSELIGE WEG ZUR EINIGUNG

DIE WIRTSCHAFTLICHE UND POLITISCHE ENTWICKLUNG

Traditionell wird die Entwicklung Österreichs in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts anhand des Werdegangs des jungen Kaiser Franzl zum greisen, ewig regierenden Franz Josef erzählt. Von der guten, alten Zeit, vom großen Reich, von der Pracht der Ringstraßenbauten, von den Tragödien um Kaiserin Sissi und Kronprinz Rudolf.

Wie so oft war die Wirklichkeit komplizierter, in vielerlei Hinsicht weniger prächtig. Das Leben und die Kämpfe der Arbeiter und Arbeiterinnen kommen in derartiger Geschichtsschreibung kaum einmal vor.

Während der revolutionären Monate im Jahr 1848 hatten Bürgertum, Arbeiterschaft und Studierende besonders in Wien um Menschenrechte, Demokratie und um eine Verfassung gekämpft. Und die Bauern wollten die Befreiung von den feudalen Fesseln. Die Ziele der Bauern wurden verwirklicht, die anderen Forderungen von der Armee im Herbst 1848 niedergeschlagen. Mit der Thronbesteigung von Franz Josef begann die neoabsolutistische Ära. Von Demokratie konnte keine Rede sein, es dominierte Großmachtspolitik inklusive Kriege. Parallel dazu wurden in Ansätzen liberale Wirtschaftsreformen – zum Beispiel bei der Gewerbeordnung – umgesetzt. Insbesondere wegen der zerrütteten Staatsfinanzen brauchte der Kaiser die Unterstützung des Großbürgertums. Auch deshalb wurde ab 1861 eine zaghafte Form des Parlamentarismus eingeführt. Dies fiel zusammen mit einer hartnäckigen Wirtschaftskrise. Doch auf die Krise folgte der Aufschwung, von 1867 bis 1873 herrschten sieben Boom-Jahre! Das Schienennetz der Doppelmonarchie wurde in diesen Jahren verdoppelt, die prächtigen Bauten an der Ringstraße errichtet und Konzessionen für 1.005 Aktiengesellschaften wurden neu vergeben.

Auf den Boom folgte der Krach, am 9. Mai 1873 – dem „Schwarzen Freitag“ – kam es zum Crash an der Börse. Im Laufe des Jahres 1873 gingen in Österreich acht Banken, zwei Versicherungen, eine Eisenbahngesellschaft und sieben Industrieunternehmen in Konkurs, dazu kamen weitere 40 Banken, sechs Versicherungen, ein Eisenbahnunternehmen und 52 Industriefirmen, die sich alle wegen der Krise in Liquidation befanden. Der Roheisenverbrauch in Österreich-Ungarn ging von 1873 bis 1875 um fast die Hälfte zurück. Es begann eine langanhaltende, hartnäckige Krise. Wenig überraschend ist, dass sich auch die Bedingungen für die Arbeiter und Arbeiterinnen verschlechterten: Durch Betriebsschließungen kam es zu einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit, auch zunehmender Lohndruck war eine Folge der Krise. Der Durchschnittsverdienst der Eisenarbeiter in der Steiermark sank von 1873 bis 1875 um 31 Prozent, bei den Hilfsarbeitern der Eisenbahn um

„Mit 24. August 1894 untersagte die Statthalterei die Bildung des politischen Vereins ‚Gleichheit‘ aus dem Grunde, weil im § 1 der Statuten ‚Die Verbreitung sozialdemokratischer Grundsätze‘ als Zweck des Vereins aufschien, was nach Ansicht der Bureaukraten höchst staatsgefährlich war.

Es wurde der Ministerialrecurs ergriffen und am 17. März 1895 konnte die konstituierende Versammlung stattfinden, die sich eines ungemein starken Besuchs erfreute. Es war Genosse Pernerstorfer als Redner angekündigt, der in der Versammlung in einer zündenden Rede die Herzen entflammte und zur tätigen Mitarbeit begeisterte. Der Erfolg blieb nicht aus, in kurzer Zeit hatte der Verein 600 Mitglieder.“

» AUS:

ANTON WEIGUNY: „ERINNERUNGEN EINES ALTEN“, LINZ 1911

53 Prozent, bei Arbeitern in Papierfabriken um 33 Prozent und in Maschinenfabriken um 22 Prozent.

Mit der Krise verschwand auch die Vormachtstellung der liberalen Politik, zum Beispiel kam wegen der Krise der Ausbau des Eisenbahnnetzes weitgehend zum Erliegen. Die Folge waren die Verstaatlichungen der Eisenbahngesellschaften. Schlüssig und konsequent war die Wirtschaftspolitik der Regierung aber nicht: Setzte man bei den Eisenbahnen auf staatliche Planung, Bau und Betrieb, förderte man sonst in erster Linie private Kleinbetriebe und verfestigte damit die rückständige Wirtschaftsstruktur.

Nach 1879 machte eine neue sozialkonservative Regierung eine schlüssigere Politik: Sie förderte das Kleingewerbe, versuchte die Absicherung des bäuerlichen Mittelstandes und realisierte wegen des wachsenden Elends ein Sozialprogramm. 1883 wurden Gewerbeinspektoren eingeführt, die die Arbeitsbedingungen in den Betrieben kontrollieren sollten. Zwei Jahre danach wurde die Fabrikarbeit für Kinder unter 14 Jahren verboten, ebenso die Nacharbeit für Frauen und Jugendliche, generell wurde der „Maximalarbeitstag“ mit elf Stunden täglich begrenzt. Auch die 24-stündige Sonntagsruhe wurde in jener Zeit verbindlich eingeführt. Und seit 1889 gab es eine allgemeine Unfall- und Krankenversicherung.

Über die Bergarbeiter in Hallstatt

„Die Arbeitszeit erstreckt sich von 6 Uhr morgens bis Mittag, von 2 bis 8 Uhr abends. (...) Ist der Arbeiter nach sechsstündiger Schicht wieder ausgefahren, so muss er daran gehen, sich sein Mahl selbst zu kochen, das freilich so armselig ist, dass dessen Bereitung nicht zu viel Zeit in Anspruch nimmt. (...) Bei einer Besichtigung der in der Mauerwand eingefügten Schränkchen, in welchen die Arbeiter ihre Essvorräte bergen, habe ich nur in zweien 7 bis 8 Stück Kartoffeln vorgefunden; selbst diese Nahrung der Elendsten ist bereits für den österreichischen Staatsarbeiter unerschwinglich geworden. Da die Arbeiter für all ihre Bedürfnisse und die Instandhaltung des Gebäudes selbst zu sorgen haben, und zwar in der geringen Zeit, die ihnen nach zwölfstündiger Arbeit übrig bleibt, so sind sie gar nicht imstande, einen von vielen Menschen bewohnten Raum in jener Sauberkeit zu erhalten, die ihm allein noch einige Behaglichkeit verleihen könnte; die während der Woche von ihren Familien getrennt leben, ist dieser Esssaal der einzige Ort ihrer Vereinigung und Erholung, und doch ist dieser auch während der Wintermonate nur von einer einzigen von der Decke herniederhängenden Lampe erleuchtet (...).“

» AUS:

MINNA KAUTSKY: „WAS DER STAAT SEINEN SALINENARBEITERN ALLES ZUMUTET“
(ERSTVERÖFFENTLICHUNG 1885)

DIE ELENDE: ARBEITER & ARBEITERINNEN

Für das industrielle Fabrikssystem braucht es einerseits Kapitalisten, die Gebäude, Maschinen und Rohstoffe bereitstellen und finanzieren, andererseits braucht es Arbeiter und Arbeiterinnen, die gegen Lohn in den Fabriken Güter produzieren. Diese Klasse der Fabrikarbeiter und -arbeiterinnen entstand in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Österreich überwiegend durch wirtschaftlichen Druck auf Kleinbauern und Kleinbürger.

Die Revolution von 1848 hatte die Befreiung der Bauern aus den feudalen Fesseln durch die sogenannte Grundentlastung gebracht. Damit wurde das grundherrliche „Obereigentum“ des Bodens, die daraus resultierenden Leistungsverpflichtungen der Bauern (Arbeit oder Teile des Ernteertrages) und die Gerichtsbarkeit der Grundherren beendet. Ein Drittel der Kosten für diese Entlastung zahlte der Staat, auf ein Drittel mussten die Grundherren verzichten und das letzte Drittel mussten die Bauern selbst finanzieren. Kleine Bauern scheiterten oft daran, sie mussten ihren Lebensunterhalt dann in den neuen Fabriken bestreiten. Die Liberalisierung der Gewerbeordnung im Jahr 1859 und das damit einhergehende Anwachsen der Konkurrenz wiederum kostete kleinen Handwerkern die wirtschaftliche Existenz. Auch deren Ausweg war die Arbeit in Fabriken.

Im Jahr 1890 waren in Oberösterreich 20 Prozent der Arbeitenden in der Industrie und im Gewerbe beschäftigt, 59 Prozent in der Landwirtschaft, sieben Prozent in den Bereichen Handel und Verkehr und 14 Prozent waren als Rentiers in freien Berufen oder im öffentlichen Dienst aktiv. Aber die Zahl der Fabrikarbeiter und -arbeiterinnen stieg, 1880 waren es rund 15.000 Beschäftigte in der Industrie, bis 1890 wuchs die Zahl auf 27.000 an. Trotz dieses Wachstums ist Oberösterreich am Ende des 19. Jahrhunderts nach wie vor Bauernland.

LOHN

Laut den Berechnungen eines der Gewerbeinspektoren – sie waren per Gesetz im Jahr 1883 eingeführt worden – betrug der durchschnittliche Tageslohn eines Arbeiters in den 1880er Jahren rund einen Gulden, eine durchschnittlich große Arbeiterfamilie musste für Essen und Trinken zwischen 53 und 80 Kreuzer ausgeben, für Kleidung, Wohnung, Heizen und Beleuchtung etwa weitere 40 Kreuzer. Der Lohn deckte damit nicht einmal die elementarsten Bedürfnisse.

„In der Tat wirken weitverbreitete und akut auftretende Epidemien auf das öffentliche Bewusstsein ganz eigenartig. Das Elend breiter Volksschichten, die notwendige Kehrseite moderner Wirtschaft, wird plötzlich Gegenstand ängstlicher Aufmerksamkeit und fieberhaften Tatendrangs. Der Zustand der Faktoren, von welchen die Volksgesundheit in erster Linie beeinflusst wird: Luft und Wohnung, Trinkwasser und Boden, Lebenshaltung und Nahrung wird eifrig untersucht; ja selbst die Energielosigkeit, geistige Depression werden als allgemeine Gefahr empfunden. Wie wenn der mit dem Reagens befeuchtete Schwamm über eine mit sympathetischer Tinte angefertigte Schrift fährt und die längst vorhandenen Züge in voller Deutlichkeit erscheinen lässt, so bringt das Hereinbrechen einer schweren Seuche der Gesellschaft ihre eigenen Zustände, die sie längst kennt, aber von denen sie gewaltsam die Augen zu schließen gewohnt ist, zu grellem Bewusstsein.“

» AUS:

VICTOR ADLER: „CHOLERA UND SOZIALPOLITIK“, 1892

ARBEITSZEIT

In den Textilfabriken in Kleinmünchen wurde 1881 14 Stunden am Tag gearbeitet. 1885 arbeitenden die Bergarbeiter der Saline in Hallstatt täglich zwei jeweils sechsstündige Schichten, die von einer zweistündigen Pause getrennt waren. Gesetzlich war in diesem Jahr die tägliche Arbeitszeit auf elf Stunden begrenzt worden. Für das Jahr 1886 stellen die „Gewerbe-Inspectoren“ fest, dass in etwa 23 Prozent der Betriebe kürzer als elf Stunden pro Tag gearbeitet wurde, in 40 Prozent der Unternehmen dauerte der Arbeitstag exakt elf Stunden und in rund 37 Prozent der Betriebe wurde länger gearbeitet.

WOHNEN

Die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts war von einer rasanten Urbanisierung geprägt. Wien hatte (bezogen auf das heutige Stadtgebiet) im Jahr 1857 nicht ganz 700.000 Einwohner, 1880 waren es fast 1,2 Millionen, 1900 dann 1,77 Millionen. Der Zuzug hatte dramatische Auswirkungen auf die Wohnsituation: 1890 waren 14 Prozent der Wiener und Wienerinnen Untermieter oder Bettgeher.

In Oberösterreich war die Verstädterung weniger ausgeprägt, aber auch hier war in den Industriezentren der Wohnungsmarkt stark angespannt. Die größeren Industriebetriebe begannen selbst Wohnungen zu bauen, das gilt für die Waffenfabrik in Steyr, ebenso wie für die Papierfabrik in Steyrmühl oder die Franckfabrik in Linz. Die Wohnsituation dort war für die Fabrikarbeiter und Fabrikarbeiterinnen relativ akzeptabel. Bei den Beschäftigten von Handwerksbetrieben war das nicht der Fall. Die Gewerbeinspectoren berichteten für das Jahr 1888 von einer Bäckerei in Oberösterreich, wo in einem 7,5 Quadratmeter großen Raum sechs Arbeiter „lebten“. Vier Jahre zuvor beschrieben sie ein Arbeiterwohnhaus mit 28 Parteien, für die es insgesamt zwei Toiletten gab.

GESUNDHEIT

Der „Rechenschaftsbericht des Gemeinderathes der Landeshauptstadt Linz über seine Thätigkeit im Jahre 1883“ enthält eine Aufstellung über das Sterbealter in diesem Jahr: „Von insgesamt 1.568 in Linz Verstorbenen starben 343 im ersten Lebensjahr, 135 weitere Kinder vor ihrem vierten Geburtstag.“ Die durchschnittliche Lebenserwartung lag in Linz in den 1880er Jahren bei 35,89 Jahren, ein Viertel der Verstorbenen starb an Tuberkulose, einer klassischen Arme-Leute-Krankheit. Das soziale Elend der wachsenden Arbeiterklasse war offensichtlich, die Notwendigkeit von dessen Bekämpfung weitgehend unumstritten. Die Motive und die Wege der Armutsbekämpfung waren allerdings sehr unterschiedlich. Liberale und „fortschrittliche“ Unternehmer akzeptierten zum Beispiel die Beschränkung der täglichen Arbeitszeit – etwa auf elf Stunden – da die zunehmende Technisierung der Produktion konzentrierte und ausgeruhte Arbeitskräfte brauchte. Das war auch das Motiv des modernen Bürgertums, für eine verbesserte Schulbildung einzutreten. Katholisch-konservative Regierungen führten in den 1880er Jahren in Österreich erste Sozialgesetze ein. Papst Leo XIII. veröffentlichte 1891 die Enzyklika „Rerum

„Eine unglaublich große Zahl von Arbeiterinnen ernährt sich hauptsächlich von Kaffee, Brot und Kartoffeln. Aber wie ist dieser Kaffee beschaffen! Von wirklichem Bohnenkaffee sind kaum Spuren darin. Malz- und Feigenkaffee müssen dem schauerlichen Gebräu Farbe und Geschmack geben. Auch mit der billigen und an sich schlechten Milch wird gespart und destomehr Wasser dem Getränk beigegeben. Solchen Kaffee trinken die Arbeiterinnen des Morgens, er bildet mit Brot ihr Mittagmahl, zu welchem Zweck er in dem Arbeitslokal gewärmt wird, wo das nicht gestattet ist, wird er auch kalt getrunken, und ein Rest desselben Getränks wird zum Abendmahl aufbewahrt. Diejenigen Arbeiterinnen, die sich Mittags aus einem Gasthaus Suppe oder Gemüse holen und Abends ein Stück billiger Wurst verzehren, gehören schon zu den Bessersituierten.“

» AUS:

THERESE SCHLESINGER: „DIE LAGE DER LOHNARBEITERINNEN IN WIEN“,
1897, BERLIN

Novarum (Neue Dinge) - über die Arbeiterfrage“. Darin heißt es: „Indessen, es liegt nun einmal zutage, und es wird von allen Seiten anerkannt, dass geholfen werden muss, und zwar, dass baldigst ernste Hilfe nottut, weil Unzählige ein wahrhaft gedrücktes und unwürdiges Dasein führen.“ Doch im weiteren Text der Enzyklika wird auch deutlich, welche Gefahr die Kirche tatsächlich in dem Massenelend der Arbeiterklasse sah: „Der sozialistische Lösungsversuch ist ungerecht, weil gegen das Naturrecht des Privateigentums gerichtet“. Die Spitze der katholischen Kirche wollte durch Wohltätigkeit für die armen Arbeiter und Arbeiterinnen die gesellschaftliche Ordnung und damit auch ihre dominierende Stellung retten.

Die Schule, die Bildungsstätte des Geistes, sie ist der Mehrzahl der Arbeiter verschlossen, muß ja doch schon das kaum dem zartesten Kindesalter entwachsene Arbeiterkind dafür sorgen, seinen Aeltern das zum Leben Nöthigste verdienen zu helfen; in einem Alter wo das Gemüth, das Herz so weich, so bildsam ist, daß jeder äußere Eindruck sich dauernd einprägt, wird es zur Maschine gestellt, um selbst zur Maschine zu werden; das Gemüth, es wird unempfindlich, das Herz erstarrt. (...)
Aber wenn auch die Verhältnisse des Arbeiterstandes auch heute noch sich in Nichts gebessert haben, so hat sich doch in dem die Situation geklärt, daß der Arbeiter zum Bewußtsein seiner Menschenwürde, zum Bewußtsein seiner Lage gekommen ist; er hat einsehen gelernt, daß er unter den herrschenden Umständen immer tiefer sinke in den Schlamm der Geistesumnachtung, daß er bedingungslos dem Großcapitale unrettbar verfallt, wenn er sich nicht aufraffe, wenn er nicht Mittel und Wege fände, das in der Jugend Versäumte nachzuholen, sich zu bilden. Und diese Mittel und Wege – sie wurden gefunden – es sind die Arbeiter-Bildungs-Vereine!

» AUS:

„ERSTER JAHRESBERICHT DES ARBEITER-BILDUNGS-VEREINS
FÜR LINZ UND UMGEBUNG“, LINZ 1870

DIE ARBEITER- BEWEGUNG VOR 1891

Obwohl die Gründung der oberösterreichischen Landespartei einen Beginn darstellte, lagen da bereits mehrere Jahrzehnte an Organisationsversuchen hinter der Arbeiterbewegung. Während der Revolution von 1848 war in Wien der erste Arbeiterverein Österreichs gegründet worden. Arbeiter und Arbeiterinnen gehörten seit dem Beginn der revolutionären Unruhen im März bis zu deren endgültiger Niederschlagung durch die Armee im Herbst 1848 zu den entschlossensten Kämpfern und Kämpferinnen der Revolution für Freiheitsrechte, Demokratie und Verfassung. Die Inthronisierung von Kaiser Franz Josef I. am 2. Dezember 1848 symbolisierte die finale Beendigung des Aufstands von Bürgern, Studenten und Arbeitern, es begann die Phase des Neoabsolutismus, der jede demokratische Regung unterdrückte. Der Arbeiterverein, der im Juni 1848 entstanden war, wurde wenige Monate später wieder aufgelöst.

Nach den militärischen Niederlagen gegen Frankreich 1859 und gegen Preußen im Jahr 1866 musste das Kaiserhaus seinen Kurs korrigieren. Ab 1861 wurden erste Schritte zu einer parlamentarischen Mitbestimmung getan und 1867 wurde einerseits durch den Ausgleich mit Ungarn Zugeständnisse an die adeligen ungarischen Großgrundbesitzer gemacht und andererseits mit dem Staatsgrundgesetz Zugeständnisse an das liberale Bürgertum. Die damit erreichten Freiheitsrechte (insbesondere das Vereins- und das Versammlungsrecht) nutzten auch der Arbeiterbewegung. In der zweiten Hälfte der 1860er Jahre entstand eine Vielzahl lokaler Arbeitervereine. Bereits Ende 1867 wurde der erste Arbeiterbildungsverein in Wien gegründet, im Jänner 1868 die Gründungsversammlung des „Arbeitervereins zur geistigen Fortbildung und Verbesserung materieller Lage“ in Hallstatt abgehalten, am 26. Juli 1868 entstand auf Initiative und mit Unterstützung der Hallstätter der Verein „Filiale des Arbeitervereins“ in Goisern. Und so ging es weiter, 1872 existierten in folgende Orten Arbeiterbildungsvereine in Oberösterreich: Linz, Wels, Steyr, Haslach, Goisern und Hallstatt. Dazu kam noch ein gewerkschaftsähnlicher Verein der Buchdrucker in Linz. Zu dieser Zeit wurden in der österreichischen Reichshälfte insgesamt 134 Arbeitervereine gezählt.

Neben diesen eher politischen oder gewerkschaftlichen Organisationsgruppen gab es noch Arbeiterkonsumvereine und selbstorganisierte Unterstützungskassen für Arbeiter und Arbeiterinnen einzelner Betriebe oder von bestimmten Berufsgruppen. Die massive polizeiliche Überwachung wurde aber weitergeführt, über-

„Die österreichische Arbeiterpartei erstrebt im Anschluss an die Arbeiterbewegung aller Länder die Befreiung des arbeitenden Volkes von der Lohnarbeit und der Klassenherrschaft durch Abschaffung der modernen privatkapitalistischen Produktionsweise. Sie erstrebt an deren Stelle die gemeinschaftliche, staatlich organisierte Produktion der Güter.

In nationaler Beziehung stellt sie das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Grundsatz auf, erblickt jedoch in der nationalen Gliederung ihrer Genossen kein Hindernis ihres gemeinsamen Strebens nach materieller Befreiung, sondern erkennt im Gegenteil nur in einem brüderlichen Zusammenwirken, welches alle nationalen Arbeiterschaften gleich berechtigt und gleich verpflichtet, die einzige Bürgschaft eines Erfolges.“

» AUS:

GRÜNDUNGSPROGRAMM DES NEUDÖRFLER PARTEITAGES, 1874



Das Leitha-Gasthaus in Neudörfel (heute im Burgenland, damals in Ungarn).
Hier trafen sich 1874 Vertreter österreichischer Arbeitervereine
zu einem ersten Gründungsversuch einer sozialdemokratischen Partei.

regionale Zusammenschlüsse, die Bildung einer politischen Partei oder eines Gewerkschaftsverbandes blieben verboten.

Die Frage nach einer Partei stellte sich trotz der Repression. Am 5. April 1874 kam es im damals ungarischen (heute burgenländischen) Neudörfll zum geheimen Treffen von Vertretern der meisten österreichischen Arbeitervereine und zum Gründungsbeschluss für eine sozialdemokratische Arbeiterpartei. Unter den 74 Delegierten – sie repräsentierten Arbeitervereine mit insgesamt etwa 25.000 Mitgliedern – waren auch Delegierte aus Linz, Wels und Steyr. Sie beschlossen ein gemeinsames Programm und trafen Entscheidungen von Organisationsfragen. Doch diese in Neudörfll gegründete Partei begann niemals wirklich zu leben. Das hat mindestens drei Gründe: Erstens ließ die behördliche Verfolgung nicht nach, in der österreichischen Reichshälfte war ja sogar das Gründungstreffen untersagt worden. Zweitens hatte am 9. Mai 1873 mit einem Börsenkrach die erste große Weltwirtschaftskrise begonnen. Zeiten derartiger Krisen erschwerten stets auch die Organisierung der Arbeiterbewegung. Und drittens waren mit der Parteigründung in Neudörfll die politischen Fragen nicht wirklich geklärt, die Auseinandersetzungen zwischen „Gemäßigten“ und „Radikalen“ machten ein gemeinsames Vorgehen in den nächsten etwa 15 Jahren faktisch unmöglich.

Aber nicht nur der Zusammenschluss der Arbeitervereine misslang 1874, in den folgenden Jahren sank unter den eben skizzierten Rahmenbedingungen die Zahl der Arbeitervereine stark, die Aktivitäten der weiter bestehenden gingen deutlich zurück. In Linz wurde der Arbeiterbildungsverein 1877 behördlich aufgelöst, zwei Jahre später aber als Allgemeiner Arbeiterverein wiedergegründet. Anfang 1885 löste er sich aber wegen der drastisch gesunkenen Mitgliederzahl selbst wieder auf. Auch hier hatte der Rückgang der Mitglieder die oben beschriebenen drei Gründe: erstens verfolgten die Behörden gerade in Linz Mitte der 1880er Jahre Aktivisten der Arbeitervereine, zweitens setzte die prekäre wirtschaftliche Lage den Arbeitern und Arbeiterinnen materiell zu und drittens lähmte der Konflikt zwischen Radikalen und Gemäßigten die Arbeiterbewegung. Linz war Mitte der 1880er Jahre ein wichtiges Zentrum der radikalen, anarchistischen Arbeiterbewegung Österreichs. Erst die Überwindung der Spaltung zwischen den beiden Flügeln der österreichischen Arbeiterbewegung machte den Aufstieg ab den späten 1880er Jahren möglich.

„Der Parteitag erklärt den Parteizwist durch die Annahme des Programms für beendet und erwartet von jedem Parteigenossen ehrliches und brüderliches Eintreten für die Gesamtpartei, sowie energische und unerschrockene Arbeit auf dem gemeinsamen Boden unseres Parteiprogrammes zum Besten des Emanzipationskampfes der Arbeiterklasse.“

» AUS:

EINIGUNGSRESOLUTION AM PARTEITAG IN HAINFELD, 1888/89



Victor Adler (1852 – 1918). Der studierte Mediziner war die wichtigste Person bei der Einigung der österreichischen Sozialdemokratie und die unbestrittene Führungsperson bis zum Ende des Ersten Weltkriegs.

AUFBRUCH!

DER EINIGUNGSPARTEITAG IN HAINFELD

Am 2. Dezember 1888 beging Franz Josef I. sein vierzigjähriges Thronjubiläum, am Freinberg in Linz wurde deshalb ihm zu Ehren eine Aussichtswarte eingeweiht und die „Armen Schulschwestern“ eröffneten eine „Kleinkinder-Bewahranstalt“ in St. Georgen im Attergau. Die Zeit schien stillzustehen. Auch der „Große Titel“ von Franz Josef signalisierte das, der begann mit „Franz Joseph I. von Gottes Gnaden Kaiser von Österreich, König von Ungarn und Böhmen, König von Dalmatien, Croatien, Slawonien, Galicien, Lodomerien und Illyrien; König von Jerusalem“. Franz Josef mochte auch persönlich keine Veränderungen. Bis zu seinem Tod war ihm eine Kutsche lieber als das Automobil. Dennoch musste er in den 68 Jahren am Thron viele politische Neuerungen hinnehmen, manche auch herbeiführen. Insgesamt aber wollte er die traditionelle Ordnung der Gesellschaft und die Position der Habsburger weiterführen. Wie es in der Kaiserhymne von 1854 heißt: „Gott erhalte, Gott beschütze / Unsern Kaiser, unser Land“ und „Heil dem Kaiser, Heil dem Lande, / Österreich wird ewig stehn!“

Ein Ereignis, nicht ganz ein Monat nach diesem Kaiserjubiläum am 2. Dezember 1888, macht deutlich, dass die Hoffnung auf die Ewigkeit der alten Ordnung eine Illusion war. Vom 30. Dezember 1888 bis zum 1. Jänner 1889 konstituierten sich die österreichischen Sozialdemokraten im niederösterreichischen Hainfeld mit ihrem „Einigungsparteitag“ als politische Partei.

Mit Victor Adler war in der zweiten Hälfte der 1880er Jahre eine Person ins Rampenlicht der schwachen Arbeiterbewegung getreten, der von den meisten Vertretern der dominierenden Flügel anerkannt und akzeptiert wurde. Adler gelang es auch eine politisch-programmatische Basis zu formulieren, die ebenfalls von (fast) allen anerkannt wurde.

Über 100 Teilnehmer trafen sich zum Einigungsparteitag in Hainfeld. Nach Ludwig Brügel, der Anfang der 1920er Jahre die erste große Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie schrieb, waren 70 abstimmungsberechtigte Delegierte und 30 bis 40 Gäste anwesend. Dabei hat es sich definitiv nur um Männer gehandelt. Aus Oberösterreich nahmen fünf Vertreter der Arbeitervereine aus Linz, Steyr, Gmunden, Wels und Ried teil. Wer die Delegierten aus Wels und Ried waren, ist nicht dokumentiert, aus Linz kam Anton Weiguny, aus Steyr Alois Bocek und aus Gmunden Anton Indra. Weiguny spielte eine wichtige Rolle, da er als Referent zum Tagesordnungspunkt „Soziale Reform und Arbeiterschutz-Gesetzgebung“ eingesetzt war. Indra beteiligte sich intensiv an der Debatte um die Prinzipienklärung, also dem in der Folge beschlossenen Parteiprogramm. Die zwei zentralen politischen Forderungen, die von Hainfeld ausgingen, finden sich auch in diesen beiden Tagesordnungspunkten. In der Resolution zur Sozialgesetzgebung wird der „achtstündige Maximalarbeitstag ohne Klauseln und Ausnahmen“ gefordert. Und in der

„Mit banger Sorge sieht man allenthalben diesem Tage entgegen, denn man sagt sich mit vollem Recht, dass eine unvorhergesehene Kleinigkeit genügt zum blutigen Zusammenstoß. Wenn nur mehr ein Schritt zum Blutvergießen fehlt, dann muss wohl Jeder sagen, dass eine Änderung der Verhältnisse durchaus notwendig ist. (...) Damit die richtige Lösung gefunden werden kann, muss wohl zuerst die Frage gestellt werden: Was ist Schuld an der traurigen Lage unserer sozialen Verhältnisse? Sagen wir es kurz: Die Schuld liegt in der Abkehr vom Christentum.“

» AUS:

LINZER VOLKSBLATT, 1. MAI 1890



Am 1. Mai 1890 wurden erstmals – auch in Oberösterreich – auf Beschluss der Arbeiter-Internationale Kundgebungen und Versammlungen für den achtstündigen Arbeitstag durchgeführt.

Prinzipienerklärung wird die „sofortige Aufhebung des Monopols der Besitzenden auf das politische Wahlrecht“ und die Einführung des „allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts“ gefordert und zwar „als ein wichtiges Mittel der Agitation und Propaganda“. Dieser Zusatz war für die Beschlussfassung wichtig, da sich die Delegierten über den Wert der Wahlen und des Parlamentarismus nicht einig waren. Ein plastisches Beispiel dafür, wie der Kompromiss zwischen „Radikalen“ und „Gemäßigten“ gelang.

Der Streit zwischen „Radikalen“ und „Gemäßigten“, der die junge österreichische Arbeiterbewegung viele Jahre geschwächt, gespalten und gelähmt hatte, konnte in Hainfeld überwunden werden. Darauf bezieht sich der Name „Einigungsparteitag“.

Für den Einigungsprozess zwischen den zerstrittenen Fraktionen in den Jahren davor, für den Parteitag selbst und auch für die Jahrzehnte danach war Victor Adler die wichtigste Führungsperson der österreichischen Sozialdemokratie. Ihm gelang es, persönlich, politisch und intellektuell das Vertrauen praktisch aller Funktionäre und Sympathisanten zu gewinnen und so den Streit zu überwinden.

ERSTER 1. MAI

Anton Weiguny schrieb in seinen „Erinnerungen eines Alten“, dass neben dem erfolgreichen Einigungsparteitag der 1. Mai 1890 das zweite wichtige Ereignis auf dem Weg zur Gründung der Landespartei im November 1891 war.

Am 100. Jahrestag des Sturms auf die Bastille während der Französischen Revolution begann am 14. Juli 1889 in Paris der Gründungskongress der (Zweiten) Arbeiterinternationale. Etwa 400 Repräsentanten aus 20 Ländern trafen zusammen. Unter den Teilnehmern waren auch Delegierte der österreichischen Sozialdemokraten unter der Führung von Victor Adler. Der Kongress gründete nicht nur die Sozialistische Arbeiterinternationale, er verständigte sich auch auf gemeinsame politische Forderungen. Und vereinbarte einstimmig, dass der 1. Mai 1890 als „eine große einheitliche Manifestation der Arbeiter aller Länder“ begangen werden sollte, um gemeinsam zu fordern, „die gesetzliche Dauer des Arbeitstages auf acht Stunden“ zu beschränken. Mit der Festlegung auf das Datum schloss sich der Sozialistenkongress einer Forderung der US-amerikanischen Arbeiterföderation aus dem Dezember 1888 an, die damit an einen blutigen Kampf um den Achtstundentag in Chicago erinnerte, der am 1. Mai 1886 begonnen hatte.

In die Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie ist insbesondere die erste Maifeier in Wien eingegangen. Am Vormittag wurden in Veranstaltungsräumlichkeiten (meistens Wirtshaussäle) etwa 60 politische Versammlungen abgehalten, am Nachmittag marschierte der „Zug der Massen“, wie ihn Victor Adler nannte, durch Wien. Mehr als hunderttausend Arbeiter und Arbeiterinnen zogen durch die Stadt zu einem Fest in den Prater und setzten damit ein unübersehbares Zeichen der Solidarität, der Einheit und der Stärke.

Auch in Oberösterreich wurde dieser 1. Mai 1890 von der Arbeiterbewegung mit vielen Versammlungen begangen. Im Linzer Hatschek Keller versammelten sich um 10.00 Uhr rund 650 Arbeiter zu einer politischen Versammlung, am Nachmittag

Kundmachung.

In jüngster Zeit ist auch in Oberösterreich in Kreisen von Arbeitern die Frage erörtert worden, Donnerstag den 1. Mai d. J. allgemein als Feiertag zu begehen, und sohin auch die Arbeit an diesem Tage einzustellen.

Ich sehe mich hiedurch veranlaßt, die Arbeiter darauf aufmerksam zu machen, daß die **eigenmächtige Einstellung** der Arbeit am 1. Mai d. J. als an einem Werktag **ohne Zustimmung der Arbeitsgeber** gesetzlich unzulässig wäre und daß diejenigen, welche sich zu einem derartigen Bruche des Arbeitsvertrages verleiten lassen, auch die Folgen dieses gesetzwidrigen Vorgehens zu tragen hätten.

Ferner weise ich auf die Gefahr hin, welche darin gelegen ist, daß bei einer Feier der erwähnten Art unausweichlich Ansammlungen größerer Menschenmengen stattfinden, bei denen es erfahrungsmäßig selbst den in ihrer überwiegenden Mehrzahl gewiß ordnungsliebenden Arbeitern nicht immer möglich ist, strafbare Ausschreitungen seitens übelwollender Individuen zu verhindern. Ich sehe mich daher verpflichtet, einen Mahnruf an die Einsicht und Besonnenheit der Arbeiter zu richten und sie vor jedem gesetzwidrigen Beginnen, sowie vor jeder Beteiligung an irgend welchen, vielleicht durch fremde Aufhysterer hervorgerufenen Ausschreitungen zu warnen.

Den Gegenstand meiner besonderen Ob Sorge wird es bilden, daß die Arbeiter, welche am 1. Mai die Arbeit ordnungsmäßig fortsetzen, gegen gesetzwidrige Störungen ihrer Thätigkeit vollen Schutz finden.

Linz, am 22. April 1890.

Der k. k. Statthalter:

Merveldt.

Diese ersten 1.-Mai-Kundgebungen wurden von Polizei und Militär, sowie von den Fabriksherren scharf überwacht und auch behindert. Dennoch wurden sie auch in Oberösterreich zu einem ersten großen Erfolg der jungen Arbeiterbewegung.

gab es ein Arbeiterfest mit 2.000 Besuchern. Am Abend des 1. Mai veranstalteten die Buchdruckergehilfen im „Goldenen Hirschen“ in Linz eine eigene Kundgebung. Die „Arbeiter-Zeitung“ berichtete von 9.500 feiernden Arbeitern der Waffenfabriksgesellschaft in Steyr. In einer Reihe von Betrieben, etwa der Spinnerei in Kleinmünchen, bei J. Brauns Söhne in Vöcklabruck oder den Staatsbahnwerkstätten in Linz, versuchten Betriebsdirektionen den Arbeiterkundgebungen eine andere politische Stoßrichtung zu geben und führten selbst Versammlungen durch. Insgesamt zeigte sich aber auch in Oberösterreich, dass die Sozialdemokratie zu Versammlungen und Kundgebungen deutlich mehr Arbeiter und Arbeiterinnen ansprechen konnte, als es die Mitgliederzahlen der Arbeitervereine vermuten ließ. Trotzdem erschien die Mehrzahl der Arbeiter und Arbeiterinnen in Oberösterreich an diesem 1. Mai zur Arbeit.

Es kam am 1. Mai 1890 zu keinerlei Zusammenstößen zwischen sozialdemokratischen Arbeitern und Arbeiterinnen und dem Machtapparat des Habsburger-Staates. Selbstverständlich war das nicht, denn die Armee stand zum Eingreifen bereit. Victor Adler aber, nicht nur wichtigster Repräsentant der Partei, sondern auch Planer der Maiveranstaltungen in Wien, war nicht dabei. Er musste eine Haftstrafe wegen „anarchistischer Bestrebungen“ absitzen.

JAHREZEHNTLANG VERFOLGT

Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung wurde durch die Fabrikherren gemaßregelt, sie wurde polizeilich und juristisch verfolgt und bestraft. Wenn für die Herrschenden die Situation bedrohlich schien, wurde auch die Armee herangezogen. Am 1. Mai 1890 waren in Linz und Steyr die Kasernen in Alarmbereitschaft, nach Mauthausen und Schwertberg waren Soldaten geschickt worden, da der Bezirkshauptmannschaft Perg Ankündigungen von „größeren Arbeiterversammlungen“ zugetragen worden waren. Und die Eisenbahn- und die Straßenbrücke zwischen Kleinmünchen und Ebelsberg waren vom Militär besetzt.

Die ersten Arbeitervereine lebten damit, dass bei jeder Veranstaltung ein Vertreter der Polizei anwesend war. Bereits bei der Einladung musste die Tagesordnung genehmigt werden und jede Grußbotschaft eines auswärtigen Arbeitervereins hatte vor deren Verlesung bei der Versammlung genehmigt zu werden. Jedem Gedicht, jeder Textzeile eines gesungenen Liedes musste die Polizei ihre Zustimmung geben. Es war aber nicht nur die Überwachung durch Polizeibeamte, die Arbeitervereine waren von Polizeispitzeln durchsetzt, die jederzeit Informationen über interne Besprechungen und Zusammenkünfte an die Polizei weitergaben.

Victor Adler meinte in seinem Bericht über die Situation der Sozialdemokratischen Partei an den Internationalen Sozialistenkongress im Juli 1889, dass es sich bei der österreichischen Regierungspolitik um „Despotismus gemildert durch Schlampererei“ handelt. Er fügte dem noch hinzu, dass die „junge Bewegung benutze die letztere, um wieder aufzuathmen und sich besser zu festigen.“ Das Kongressprotokoll verzeichnet danach „Große Heiterkeit“, aber Anklagen und Haftstrafen waren ständige Begleiter der jungen Arbeiterbewegung in Österreich.

„Recht ärgerlich war die Zensur der harmlosesten Gedichte, die bei den Vereinsunterhaltungen zum Vortrage gelangen sollten. So hatte ich einmal das Gedicht ‚Die Betbrüder‘ in das Programm genommen. Der Kommissär korrigierte ein Wort und setzte ein anderes dafür, ich kehrte mich nicht daran und trug das Gedicht im Originaltexte vor. Kein Mensch wusste, dass etwas Verbotenes vorgebracht wurde, aber der Kommissär machte die Anzeige und ich wurde von der Polizeibehörde (Stadtgemeinde Linz) zu 24 Stunden verurteilt.“

» AUS:

ANTON WEIGUNY: „ERINNERUNGEN EINES ALTEN“, LINZ 1911



Sensenarbeiter aus Scharnstein in der „Redtenbacher Richterstube“ etwa um 1900.

VON DER EINIGUNG BIS ZUM ERSTEN WELTKRIEG

WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Um die Jahrhundertwende entstanden neue Branchen im kapitalistischen Produktionsprozess, wie die elektrotechnische oder die chemische Industrie. Zunehmend dominierten großbetriebliche Strukturen, weil durch den steigenden Kapitalbedarf wegen neuer Technologien kleinere Unternehmen ihre Konkurrenzfähigkeit verloren. Die Entwicklungstendenz der Konzentration von Kapital und die wachsende Vorherrschaft einiger immer größerer Unternehmen in einzelnen Branchen nahm bis zum Ersten Weltkrieg Fahrt auf.

Die Alpine Montan Gesellschaft betrieb 1882 insgesamt 33 Hochöfen, 1897 waren es nur noch 23 und 1904 nur mehr sechs. Dabei hatte sich die Menge des hergestellten Roheisens verdreifacht. Der Prozess der Großanlagen hatte auch dazu geführt, dass wenige Konzerne ganze Branchen dominierten. In der Roheisenproduktion stellten die sechs größten Hochöfenwerke zusammen 93 Prozent des in der österreichischen Reichshälfte gewonnenen Roheisens her. Dieser Entwicklungstrend erfasste aber nicht alle Branchen in gleichem Ausmaß.

In anderen Sektoren wurde die österreichische Wirtschaft nach wie vor von einer Vielzahl kleinster, kleiner und mittlerer Unternehmen geprägt. Das Beharrungsvermögen des kleinstrukturierten Gewerbes und Handwerks war insbesondere auch das Ergebnis der konservativen österreichischen Regierungspolitik.

Nach der endgültigen Überwindung der Krisenfolgen und der wirtschaftlichen Umbruchprozesse nach dem „Schwarzen Freitag“ 1874 begann ein wirtschaftlicher Aufschwung, der praktisch – trotz der gegebenen Konjunkturzyklen – bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs dauerte. Damit war ein Ansteigen der Löhne und Einkommen verbunden. Das Volkseinkommen verzeichnete vor dem Ersten Weltkrieg einen realen jährlichen Zuwachs von durchschnittlich 3,1 Prozent. Tendenziell galt das auch für die Löhne der Arbeiter und Arbeiterinnen, auch wenn deren Einkommen deutlich hinter jenen in Großbritannien oder Deutschland zurückblieben.

1890 waren in Oberösterreich nur 20 Prozent der Arbeitenden in der Industrie und im Gewerbe beschäftigt, aber 59 Prozent in der Landwirtschaft. 20 Jahre später, also 1910, war die Zahl der Berufstätigen in der Land- und Forstwirtschaft auf knapp unter 47 Prozent gesunken, in der Industrie und im Gewerbe arbeiteten nun fast 27 Prozent. Entsprach das Wachstum der oberösterreichischen Industrie in den



Wehrgraben Steyr, historische Aufnahme.



*Das erste „Logo“ der jungen Arbeiterbewegung:
Zeichen der siegreichen Solidarität der Arbeitenden.*

1880er Jahren etwa dem Durchschnitt in der gesamten österreichischen Reichshälfte, so stieg die Zahl der Industriebetriebe zwischen 1890 und 1906 erheblich rascher als in der ganzen Reichshälfte. Die Entwicklung der gesamten oberösterreichischen Industriestruktur war aber nach wie vor von der Lage der Waffenfabrik in Steyr abhängig.

DER AUFBAU DER SOZIALDEMOKRATISCHEN ORGANISATION

Juristisch ermöglichte das Vereinsgesetz von 1867 auch die Gründung politischer Vereine, allerdings beschränkte der Paragraf 33 dieses Recht deutlich: „Politischen Vereinen ist es untersagt, Zweigvereine (Filialen) zu gründen, Verbände unter sich zu bilden, oder sonst mit anderen Vereinen, sei es durch schriftlichen Verkehr, sei es durch Abgeordnete, in Verbindung zu treten.“ Auch wenn in Hainfeld die Parteigründung gelang, hatte dieser Paragraf dramatische Auswirkungen: Strukturell blieb die Sozialdemokratie in der österreichischen Reichshälfte für die ersten 20 Jahre ein Nebeneinander von lokalen Vereinen, die politische Positionen teilten, die bestimmte Führungspersonlichkeiten anerkannten und die gemeinsames Agitationsmaterial einsetzten. Parteivorstand war in Hainfeld aber keiner gewählt worden, am ehesten übten daher die Redaktionen der sozialdemokratischen Zeitungen eine Koordinierungsfunktion aus. Der Historiker Wolfgang Maderthaler spricht von der beim Einigungsparteitag gegründeten Partei von einer „informellen Gesinnungsgemeinschaft“.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei selbst berichtete, dass beim Hainfelder Parteitag, also zum Jahreswechsel 1888/89, in der österreichischen Reichshälfte 104 voneinander unabhängige Arbeitervereine mit 15.498 Mitgliedern bestanden, Ende 1891 waren es bereits 219 Vereine mit 47.160 Mitgliedern. Erst zu Beginn der 1890er Jahre entstanden allmählich einzelne größere Organisationen. Schon die Gründung der Landespartei Oberösterreichs ist als Schritt dieser Entwicklung zu sehen. Nach dem Vereinsgesetz waren derartige Vereinbarungen und Strukturen verboten, aber die Behörden nahmen es offensichtlich hin. Noch wegweisender war eine Entscheidung der Behörden im Jahr darauf. Für 1892 war ein Parteitag in Linz geplant, den die oberösterreichische Statthalterei untersagte, da diese Konferenz die Aufgabe habe, eine „die Versammlung überdauernde Leitung und ständige Organisation einer ganzen Partei“ zu installieren. Das Innenministerium gab dem Einspruch der Partei gegen diese Untersagung aber statt. Eine Entscheidung, die einen Richtungswechsel der Behörden signalisierte: Offensichtlich hatten sie akzeptiert, dass mit Schikanen gegen Arbeitervereine und deren Repräsentanten das Wachstum der Sozialdemokratie nicht verhindert wurde. Schließlich fand der geplante Parteitag dann sogar in Wien statt, zuvor hatte das der verhängte Ausnahmezustand verhindert. Erstmals wurde dann tatsächlich eine „Parteivertretung“ mit neun Mitgliedern gewählt und auch eine Kontrollkommission installiert. Die Delegierten beschlossen auch die Trennung der Zeitungsredaktionen von der Führung der politischen Partei und gaben der Struktur der Partei eine Form, bestehend aus lokalen Arbeitervereinen, Bezirks- und Landesorganisationen.

„Es war der Erste Mai 1894 (...) Auch wir wollten den Tag mit einer besonderen Tat begehen. Unser Ansuchen um Freigabe des Tages wurde von der Direktion der Dampfsäge ganz ignoriert. Schnell wählten wir eine Deputation (...) Ich war die Sprecherin; wir gingen zum Direktor und ersuchten um Lohnaufbesserung (...) In dieser Dampfsäge wurden unter anderem auch die Kistchen für den Franck-Kaffee erzeugt. Die Holzteile wurden mit kleinen Drahtnägeln durch einen Schlag mit einem kleinen Hammer zusammengefügt. Durch diese Übung hatte jede Arbeiterin das Hammerl beständig zur Hand (...) Als wir zum Herrn Direktor gingen, hatten wir auch in gewohnter Weise unser Hammerl. Ein Zufall, der uns bei der Gelegenheit sehr zustatten kam (...) und wie beim Warten die Zeit nicht vergehen wollte, so waren die Arbeiterinnen schon ungeduldig. Und flugs, jede ihren Hammer in der Hand, postierten sie sich vor den Fenstern der Direktion. Und aus allen Kehlen tönte es: Bitte, den alten Lohn! Dann gingen wir ruhig zu unserer Arbeit zurück.“

» AUS:

MARIE BEUTELMAYR: „WIE MAN MIT DEM HAMMERL DISPUTIERT“, 1894

Mit der wachsenden Bedeutung der Wahlkämpfe ab Mitte der 1890er Jahre wurde auch das Organisationsstatut der Partei weiterentwickelt, wobei es insbesondere bei den Lokalorganisationen weiterhin unterschiedlichste Formen gab und die Gesamtpartei laut Victor Adler zwar „Parteigenossen“ hatte, aber keine „Parteimitglieder“. Nach den ersten Reichsratswahlen mit dem allgemeinen und gleichen Männerwahlrecht 1907 begann wieder eine intensive Diskussion und Reform der Parteistruktur.

Die Mitglieder der Partei bzw. der Arbeitervereine waren einerseits – in der großen Mehrzahl – Arbeiter und andererseits bürgerliche Intellektuelle, die den Weg zur Sozialdemokratie gefunden hatten. Victor Adler ist für diese Gruppe das bekannteste und wichtigste Beispiel. Der oberösterreichischen Partei fehlten diese „geistigen Arbeiter“ völlig, die einzige Ausnahme bildeten einige Lehrer. Die Sozialdemokratie war hier eindeutig eine „Klassenpartei“ der Arbeiter.

FRAUEN IN DER PARTEI

Die Mitglieder des Arbeitervereins im böhmischen Polzentäl wählten Anna Altmann als ihre Delegierte beim Einigungsparteitag in Hainfeld. Die Wiener Genossen antworteten auf das entsprechende Schreiben mit dem Hinweis, dass vom Arbeiterverein Polzentäl ein Mann geschickt werden sollte, denn „die Frauen wären noch nicht soweit“. Altmann reagierte darauf einerseits gelassen, aber auch offensiv, sie antwortete „Wir geigen wieder!“.

Arbeiterinnen hatten in den Jahrzehnten vor dem Einigungsparteitag immer wieder in unterschiedlicher Form ihre Interessen formuliert und versucht, sie durchzusetzen. Im Sommer des Revolutionsjahres 1848 protestierten sie im Wiener Prater bei der ersten Arbeiterinnendemonstration gegen geschlechtsspezifische Kürzungen ihrer Löhne. Ebenfalls in Wien ist 1872 der erste Arbeiterinnen-Bildungsverein gegründet worden, der allerdings im Zuge des Niedergangs der Arbeiterbewegung in den Folgejahren wieder aufgelöst wurde. In Linz berichtete die Tages-Post am 5. April 1888, dass 400 Arbeiterinnen der „Haupt-Tabakfabrik in Linz (...) in Folge der ihnen aufgebürdeten längeren Arbeitszeit einen Strike inszenierten“.

Aus mehreren Gründen waren Aktivitäten von Frauen in der Sozialdemokratie schwierig. Erstens waren mit dem Vereinsgesetz von 1867 eben politische Vereine erlaubt worden, allerdings wurde dies dort im Paragraph 30 eingeschränkt: „Ausländer, Frauenspersonen und Minderjährige dürfen als Mitglieder politischer Vereine nicht aufgenommen werden“. Zweitens gab es natürlich auch unter den Männern der Arbeiterbewegung viele, die – manche offener, andere verdeckter – gegen politische Aktivitäten von Frauen eingestellt waren.

1890 wurde der Arbeiterinnen-Bildungsverein in Wien (wieder) ins Leben gerufen. Anna Altmann war als Rednerin für die Gründungsversammlung eingeladen worden, rund 300 Personen nahmen teil. Vorwiegend waren das männliche Parteiangehörige und deren weibliche Verwandte. Das Verhältnis zwischen den Männern und den Frauen in der Sozialdemokratie blieb auch in den nächsten Jahren ambivalent. Zwar wurden Forderungen der Frauen aufgegriffen, zum Beispiel wurden 1892



Marie Beutlmayr (1870 – 1948), war zuerst Haushaltshilfe in Wien und danach Arbeiterin in der Franckfabrik. Sie wurde zur wichtigsten Aktivistin der Arbeiterinnen-Bewegung in Oberösterreich. Nach 1918 war sie erste Landtagsabgeordnete in Oberösterreich.

die Forderungen des Parteiprogramms durchgehend um die Formulierung „ohne Unterschied des Geschlechts“ ergänzt. Im selben Jahr wurde auch die Arbeiterinnen-Zeitung gegründet, die nach einigen Konflikten mit Adelheid Popp eine weibliche Leitung bekam. Frauen blieben aber innerhalb der Parteiorganisation eine verschwindende Minderheit. Beim Parteitag 1891 waren zwei der 176 Delegierten Frauen, im Jahr 1893 waren 2,5 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer weiblich. Die Parteitage 1896 und 1897 boykottierten die Frauen, da sie nicht auf das Wohlwollen der (männlichen) Parteiführung angewiesen sein wollten. Konkret ging es darum, ob die Männer der Parteileitung die Fahrtkosten für die weiblichen Delegierten genehmigen mussten. Ohne Absprache mit den Parteigremien führten die Frauen auch die erste „Reichsfrauenkonferenz“ Ostern 1898 durch, auf der das „Frauen-Reichskomitee“ eingerichtet wurde. Damit begann der Aufbau einer eigenständigen Frauenorganisation innerhalb der Sozialdemokratie. Erst 1909 wurde sie aber im Organisationsstatut der Partei verankert.

In Linz war 1893 ein Arbeiterinnen-Bildungsverein gegründet worden, eine der ersten Aktivistinnen war Marie Beutlmayr, die zuerst in der Franckfabrik und danach in der Linzer Dampfsäge beschäftigt war. Sie wurde 1919 die erste und bis 1925 einzige Frau im oberösterreichischen Landtag. 1910 waren in Oberösterreich nur 278 Frauen Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, durch den intensiven Einsatz von Beutlmayr und ihren Mitsstreiterinnen gelang es innerhalb eines Jahres die Zahl auf 2.260 zu erhöhen.

„Die Biertheuerung hat (...) die Massen gewaltig erregt, man behandelt die Bierfrage eben als eine Lebensfrage und sucht die Vertheuerung dieses Artikels wo möglich hintanzuhalten. Daß man aber auf eine so gewaltthätige Weise dieses Ziel zu erreichen suchte, ist entschieden zu mißbilligen, kann nicht geduldet und muß von jedem Freunde der Ordnung verdammt werden. Indes, so sehr wir Feinde jeder gesetzwidrigen Ausschreitung sind, so können wir uns ebenso wenig für die H.H. Bierbräuer begeistern, welche durch rücksichtslose Preiserhöhung des Bieres den Anstoß zu solchen Excessen geben.“

» AUS:

LINZER VOLKSBLATT, 3. MAI 1874



Fahne der 1890 gegründeten Lokalorganisation der Sozialdemokratie in Schwertberg.

KONFLIKTE & KÄMPFE

BIERPREIS: VOM KRAWALL ZUM KAMPF GEGEN KARTELLE

Gerade in der Frühzeit der oberösterreichischen Arbeiterbewegung entzündeten sich Konflikte oft an scheinbar unpolitischen Ereignissen. Das Bier war sowohl wichtiges „Lebensmittel“ als auch wesentlicher Bestandteil von Geselligkeit. Krawalle wegen Bierpreiserhöhungen gab es in den 1860er und 1870er Jahren immer wieder. 1860 demonstrierten mehrere hundert Eisenarbeiter vor dem Rathaus in Steyr gegen den gestiegenen Bierpreis, im Juni 1861 wurde dem Bierbrauer von Mattighofen – der auch Bürgermeister und Reichratsabgeordneter war – Katzenmusik dargebracht. Dabei wurde mit Werkzeugen, Kochtöpfen und allen möglichen anderen Gerätschaften vor dem Wohnhaus einer bestimmten Person Lärm gemacht.

Als im Herbst 1871 die drei Brauereien von Steyr die Bierpreise erhöhten, sammelten sich abermals etwa 400 protestierende und randalierende Arbeiter vor dem Rathaus. Der Bürgermeister ließ die Brauereibesitzer zu sich holen, danach verkündete man vom Rathausbalkon die Rücknahme der Preiserhöhung. Auch 1874 gelang es demonstrierenden Arbeitern in Steyr, eine Senkung des Bierpreises zu erreichen.

Im gleichen Jahr kam es am 1. Mai auch in Linz zu einer gewalttätigen Revolte gegen die an diesem Tag durchgeführte Anhebung des Bierpreises. Zuerst wurde ein Brauhaus und dessen Gaststätte an der Donaulände gestürmt und demoliert, Bierwagen und Fässer wurden in die Donau geworfen, Einrichtungsgegenstände gestohlen. Da daraufhin das Militär aufmarschierte, zogen die etwa tausend Protestierer weiter zum Hatschekeller (dem späteren Märzenkeller). Das Militär verhinderte dort die Erstürmung des Gasthauses, auch der Versuch mancher Demonstranten danach noch zur Poschacher-Brauerei zu kommen, wurde verhindert. Die Erhöhung der Bierpreise wurde dennoch nicht zurückgenommen.

Konflikte um Preiserhöhungen beim Bier gingen auch im 20. Jahrhundert weiter: Mitten im Sommer 1908 erhöhte das Kartell der Bierbrauer – der „Brauherrenverein“ – in Oberösterreich die Bierpreise, davor war noch eine Bierumlage des Landes eingeführt worden, die die Gastwirte mit einer zusätzlichen Preiserhöhung an die Konsumenten weitergegeben hatten. Die oberösterreichische Sozialdemokratie rief unter dem Slogan „Trinkt kein Bier!“ zum Boykott auf. Diese Bierboykottbewegung gab es 1908 nicht nur in Oberösterreich, sondern auch in der Steiermark, in Kärnten und in Böhmen. Sozialdemokratische Abgeordnete im Reichstag richteten deswegen eine Interpellation an den zuständigen Handelsminister, Stoßrichtung war nicht die unmittelbare Senkung des Bierpreises, erreicht werden sollte die Zerschlagung des Kartells der Brauer. In der Zeitung der oberösterreichischen Partei, der „Wahrheit“, wurden Aufrufe zum Bierboykott veröffentlicht und Protestkundgebungen beworben, etwa in Vöcklabruck, Attnang, Schwertberg, Mauthausen oder St. Georgen an der Gusen, in Ried im Innkreis, Hallstatt oder Leonstein. Es



Sensenarbeiterinnen aus Scharnstein etwa um 1900.

Arbeiterinnen-Bildungsverein für Oberösterreich
in Linz.

Sonntag den 31. October 1897
halb 3 Uhr nachmittags

allgemein zugängliche
Frauen - Versammlung
im Gasthause „zum goldenen Elephanten“
Bethlehemstraße.

Tages-Ordnung:
Die Lage der Arbeiterinnen und Dienstmädchen und
die Lebensmitteltheuerung.
Referentin: Charlotte Glas aus Wien.
Zahlreiches Erscheinen nothwendig.
Die Vereinsleitung.

1893 wurde im „Goldenen Elephanten“ in der Linzer Bethlehemstraße der erste Arbeiterinnen-Bildungsverein in Oberösterreich gegründet, regelmäßig wurden Bildungsveranstaltung für Arbeiterinnen organisiert und durchgeführt.

gab aber auch manche sehr „lebenspraktische“ Aktion, zum Beispiel marschierten in Braunau 800 Personen unter Begleitung einer Musikkapelle ins benachbarte bayrische Simbach, um bei „billigem Bier und Musik“ gegen das oberösterreichische Bierkartell zu protestieren. Die Poschacher-Brauerei musste einen Umsatzrückgang von 20 Prozent eingestehen! Im Dezember 1908 wurde in Oberösterreich der Bierboykott von der sozialdemokratischen Partei offiziell beendet, es gab keinen eindeutigen Sieger: Das Kartell war weder aufgelöst noch die Bierpreiserhöhung insgesamt zurückgenommen worden, aber die Brauereien hatten spürbaren wirtschaftlichen Schaden hinnehmen müssen. Die Sozialdemokratie hatte Stärke gezeigt. Einen wirklichen Sieg hatte sie aber nicht errungen.

Die Aktionsform des Krawalls verlor indes immer weiter an Bedeutung. „Krawall“ steht für eine elementare, spontane und unorganisierte Protestform. Ein Ereignis löst den Protest aus, der sich gegen den vermeintlichen oder tatsächlichen Verursacher richtet. Mit der zunehmenden Durchsetzung kapitalistischer Strukturen und dem Wachsen der Städte sind die „Verursacher“ von Bierpreiserhöhungen oft nicht mehr direkt im Ort ansässig oder bekannt. Mit dem Aufstieg der Arbeiterbewegung wurden geplante und organisierte Protestformen immer wichtiger, spontane Protestausbrüche wurden seltener. Auch wenn es sie immer wieder gab, 1911 kam es beispielsweise in Wien, insbesondere in Ottakring, zu massiven Teuerungskrawallen.

KULTURKAMPF

Die Schulpflicht hatte Maria Theresia schon 1774 in Österreich eingeführt, mit dem Reichsvolksschulgesetz von 1869 wurden jedoch wesentliche Änderungen vollzogen. Die Schulpflicht wurde von sechs auf acht Jahre verlängert, das Schulgeld für Volksschulen abgeschafft, die Lehrerausbildung einheitlich geregelt und die Kompetenz für den Elementarschulbereich ging von der katholischen Kirche auf den Staat über. Bereits in der Reichsratsdebatte argumentierte der Hauptredner der Konservativen so gegen das Gesetz: „... da kommt der Staat und nimmt im Namen der Freiheit der Mutter das Kind aus dem Arme und verpflichtet es durch obligatorischen Zwang, in seine Schule zu kommen.“ Die aufgeklärten und liberalen Abgeordneten im Reichsrat konnten durch ihre Mehrheit das Gesetz aber beschließen.

In den Fragen der Schulorganisation und der Bildungsinhalte entzündete sich ein jahrzehntelanger Streit zwischen katholisch-konservativen Kräften einerseits und liberalen bzw. sozialdemokratischen Kräften andererseits, der unter der Bezeichnung „Kulturkampf“ in die Geschichte einging. Die Schulreform von 1869 blieb nicht unwidersprochen. Mit der Wirtschaftskrise 1873 und der langen Depression in ihrem Anschluss vergrößerten die Konservativen abermals den Einfluss der Kirche auf das Schulsystem. Beispielsweise wurde 1883 gesetzlich festgelegt, dass nur mehr solche Lehrer Schulleiter werden konnten, die auch Religion unterrichten durften. Ab 1884 regelte ein Erlass des Ministeriums für Kultus und Unterricht, dass aus dem Unterricht der Volksschulen alles ferngehalten werden sollte, was „geeignet ist, die kindlichen Begriffe zu verwirren und die Grundlagen der in den Schulen

„Das war gestern eine großartige Kundgebung, die Protestversammlung gegen die clericalen Schul- und Lehrerfeinde im Volksgarten! Auf 1200 bis 1500 Personen schätzt man die Zahl der Besucher, die dichtgedrängt alle Räume des Saales bis auf das letzte Plätzchen besetzt hatten. (...) Mehrere Hunderte mussten denn auch nach vergeblichen Mühen in den Saal zu gelangen, unverrichteter Dinge wieder umkehren. Die Versammlung war eine öffentliche und allgemein zugängliche, denn sie sollte zeigen, dass die Freiheit der Schule und die gerechten Bestrebungen der Lehrerschaft in allen Schichten der Bevölkerung ihre begeisterten Beschützer fänden.“

» AUS:

TAGES-POST, 20. NOVEMBER 1896

Ortsverband der Arbeitervereinigungen in Steyr.

An die organisierte Arbeiterschaft in Steyr!

Wir bringen Ihnen zur Kenntnis, dass vom October 1897 ab folgende Unterrichtscurse beginnen:

1. **Stenographie** (System Gabelsberger), jeden Montag und Donnerstag halb 8 Uhr abends;
2. **Elementar-Unterricht**, jeden Mittwoch und Freitag;
3. **Czechisch-deutscher Sprachunterricht**, jeden Mittwoch und Freitag;
4. **Rhetorik**, jeden Dienstag;
5. **Notencurs**, jeden Dienstag;
6. **Geometrie und Fachzeichnen**, für Metall- und Holzarbeiter, jeden Sonntag vormittags 9 Uhr;
7. **Fachzeichnen** für die Bekleidungsindustrie, Sonntag vormittags 9 Uhr und Montag abends halb 8 Uhr.

Von dem Wahrspruche ausgehend: „Wissen ist Macht“, hoffen wir auf eine rege Betheiligung an diesen Unterrichten. Die Anmeldungen hiezu haben vor Beginn des Unterrichtes durch Eintragung in die Anmelde Listen, welche in jedem Vereine aufliegen, zu erfolgen. Als Legitimation dient das Mitgliedsbuch.

Die Unterrichte beginnen von der zweiten Octoberwoche an.

Die Verbandsleitung.

Die Sozialdemokratie war aber nicht nur politische Partei, sie war auch Bildungs- und Kulturbewegung, hier die Kursankündigungen der „Arbeitervereinigungen in Steyr“ für den Herbst 1897.

heranzubildenden religiösen Überzeugung und ihrer Anhänglichkeit und Liebe zum gemeinsamen Vaterlande unsicher und schwankend werden“ lassen.

Derweil geriet durch die Industrialisierung so einiges ins Schwanken. Sie vergrößerte auch den Bedarf an qualifizierteren Arbeitskräften. Mit ihrem Kampf für ein erneuertes Schulwesen versuchten die Liberalen, die Bedingungen für einen modernen Industriekapitalismus zu erfüllen. Die Arbeiterbewegung kämpfte ihrerseits unter dem Motto „Wissen ist Macht“ für eine Verbesserung des Schulsystems. So sollten die Kinder aus Arbeiterfamilien ihre persönlichen Lebenschancen verbessern, und die Sozialdemokratie wollte kollektiv ihre gesellschaftliche Rolle wahrnehmen können.

In der Linzer Volksgartenhalle kam es am 19. November 1896 zu einer großen Protestversammlung gegen die konservative Schulpolitik. An die 1.500 Personen nahmen an der Veranstaltung von Liberalen und Sozialdemokraten teil, Redner waren unter anderem der liberale Landeshauptmann-Stellvertreter Emil Ritter von Dierzer und der Führer der oberösterreichischen Sozialdemokraten Anton Weiguny. Die sozialdemokratischen Teilnehmer sangen am Ende der Kundgebung das „Lied der Arbeit“, die Liberalen intonierten die „Wacht am Rhein“.

ARBEITSKÄMPFE

Nach der Einigung der Partei in Hainfeld begannen auch die gewerkschaftsähnlichen Berufs-, Betriebs- und Branchengruppen, sich besser zu koordinieren. Bei einem Kongress zu Weihnachten 1893 in Wien beschlossen Vertreter von fast 200 Gewerkschaftsvereinen einen Entwurf für eine österreichweite Organisation.

Auch in den 1890er Jahren setzten sich lokale Arbeitskämpfe fort. Es ging um höhere Löhne, um die Verkürzung der Arbeitszeit, um Verbesserungen beim Arbeitsschutz und gegen die Willkür der Fabrikbesitzer. Aufgrund seiner wirtschaftlichen Struktur war Oberösterreich nicht das Zentrum dieser Konflikte, aber auch hier gab es derartige Auseinandersetzungen.

Im Februar 1897 protestierten rund 400 Beschäftigte der Dampfsäge in Linz und forderten eine bessere Regelung für die Nacharbeit, den anstehenden Wahltag für die Reichratswahlen arbeitsfrei zu bekommen und die Rücknahme der von der Betriebsleitung vorgenommenen Lohnreduktionen. Nach Verhandlungen stimmten die Direktion und der Verwaltungsrat der „Linzer-Dampfsäge-Aktiengesellschaft“ zwar den ersten beiden Forderungen zu, die Lohnkürzung hatte aber Bestand. Die Belegschaft trat daher in einen einwöchigen Streik. Nur drei Monate später, im Mai 1897, streikten in Linz erfolgreich die Arbeiter der Spenglereien für eine Anhebung des „Minimallohns“ und Verbesserungen bei der Akkordarbeit.

Im Februar 1897 streikten rund 380 Arbeiter der Fahrradabteilung der Waffenfabrik in Steyr. Sie forderten die Rücknahme einer neuen „Lohnregulierung“ und die Entlassung eines Partieführers. Auch im Oktober 1898 kam es in Teilen der Waffenfabrik zu Streiks, die Arbeiter-Zeitung berichtete über eine Versammlung der Arbeiter: „In einer Sonntag Nachmittag abgehaltenen Versammlung referierte Genosse Neumann in deutscher, Genosse Krapka in tschechischer Sprache. Beide Re-

„Wir fühlen uns verpflichtet eine Schinderbude (!) der öffentlichen Aufmerksamkeit zu empfehlen, denn dort ist die Ausbeutung der armen Teufel, genannt Arbeiter, schon mehr als niederträchtig. In der Schraubstock- und Windenfabrik des Teufelmayr am Wieserfeld wird täglich von 4 Uhr bis 10 Uhr nachts gearbeitet. An den Sonntagen wird bis mittag geschunden. Nicht nur, daß die Beschäftigten bei dieser Rackerei physisch und moralisch herunterkommen, so hat die lange Arbeitszeit für die in der Nähe dieser Musterfabrik (!) wohnenden Parteien, größtentheils aus Waffenfabrikarbeitern bestehend, noch das Unangenehme, dass sie in der nächtlichen Ruhe gestört werden, denn beim Schmieden mit 2 – 3 Hämmern hört sich der Schlaf auf. Besteht denn für diesen humanen Herrn kein Gewerbe-gesetz? (...) Ein Paar aus der Nachbarschaft“

» AUS:

„GLEICHHEIT“, 14. JUNI 1889



Sensenarbeiter aus Scharnstein um die Jahrhundertwende.

ferenten sprachen sich für die Beilegung des partiellen Streiks aus und empfahlen ein möglichst einheitliches Vorgehen. Da in dieser Versammlung nicht die Arbeiter aller Objekte vertreten waren, konnten keine bindenden Beschlüsse gefasst werden.“

Eine Folge dieser und vieler anderer Arbeitskämpfe war, dass tatsächliche oder vermeintliche Rädelsführer entlassen wurden, nicht nur um sie zu strafen, sondern auch um weitere Konflikte in den Betrieben zu unterbinden.

VERKÜRZUNG DER ARBEITSZEIT

Die zwei zentralen Forderungen von Hainfeld, der Achtstundentag und das allgemeine und gleiche Wahlrecht, waren für viele Jahre die wichtigsten politischen Forderungen der Sozialdemokratie. Beispielsweise wurde bei der Maifeier in Linz im Jahr 1892 eine Resolution beschlossen – sie wurde „unter stürmischen Beifalle und unter Hochrufen einstimmig“ angenommen –, in der gefordert wurde: „Gesetzliche Feststellung des Maximal-Arbeitstages von acht Stunden für alle Betriebe (Großproduction, Kleingewerbe, Transportgewerbe)“ und „die heutige Versammlung protestiert entschieden gegen die Ausschließung der Arbeiterklasse von den politischen Rechten, insbesondere dem Wahlrechte, welches heute nur ein Drittel des Volkes ausübt.“

Den Kampf um die Länge der Arbeitszeit gibt es seit es Fabriken gibt. Beispielsweise hatte der utopische Sozialist Robert Owen den Achtstundenarbeitstag in Großbritannien schon Anfang des 19. Jahrhunderts gefordert. Überall dort, wo es Arbeitervereine gab, gab es auch Forderungen nach Begrenzungen der täglichen Arbeitszeit.

1875 forderte eine Arbeiterdelegation der Steyrer Waffenfabrik von Generaldirektor Josef Werndl die Einführung des Zehnstudentags. Die Forderung wurde mit dem Hinweis auf „die Konkurrenzfähigkeit unserer Fabrik“ abgewiesen. Danach kam es zu einer Eskalation des Konflikts, aber zu keiner Arbeitszeitverkürzung.

Am 14. Juni 1889 erschien in der von Victor Adler herausgegebenen „Gleichheit“ – der Vorläuferin der Arbeiter-Zeitung – ein Bericht über die miserablen Arbeitsbedingungen in der Schraubstock- und Windenfabrik Teufelmayr in Steyr. Beklagt wurden die unhaltbaren hygienischen Zustände, die langen Arbeitstage von 4.00 bis 22.00 Uhr und die damit verbundene Lärmbelästigung der Bewohner umliegender Häuser. Drei Tage nach dem Erscheinen des Zeitungsartikels kam es zu einer Demonstration von etwa 1.000 Männern und Frauen vor dem Fabrikgebäude. Da die Firmenleitung zusicherte, den Arbeitsbeginn auf 6.00 Uhr und das Arbeitsende auf 19.00 Uhr zu legen und die Gendarmerie den Einsatz von Waffengewalt androhte, zerstreuten sich die Demonstranten. Die Gendarmerie verhaftete dennoch sowohl an diesem Abend als auch am folgenden Tag Demonstranten.

Die Empörung war groß. Am 18. Juni protestierten etwa 2.000 Arbeiter und Arbeiterinnen vor dem Rathaus in Steyr. Da sich keiner der städtischen Honoratioren zeigte, begannen die Demonstranten, Steine zu schmeißen, sie zerstörten Fensterscheiben ebenso wie Gaslaternen. Schlussendlich wurde die Menge vom Militär



*Titelseite der Maifestschrift 1897.
Der 1. Mai war und ist jährlicher Kampf- und Feiertag der Sozialdemokratie.*

und der Bürgerwehr zerstreut. In den Tagen danach wurde die Präsenz des Militärs in Steyr verstärkt, vermeintliche Rädelsführer, die aus umliegenden Gemeinden stammten, aus Steyr ausgewiesen, etwa 100 Arbeiter entlassen und die zwei Arbeitervereine behördlich aufgelöst. Schlussendlich wurden Loyalitätsbekundungen für die Fabriksleitungen sowohl von Teufelmayr-Arbeitern als auch von Beschäftigten der Waffenfabrik veröffentlicht.

Im Bericht der „k. k. Gewerbe-Inspectoren über ihre Amtsthätigkeit im Jahre 1894“ heißt es: „In den fabrikmäßigen Betrieben bildet die elfstündige Maximalarbeitszeit die Regel.“ In manchen Betrieben oder Branchen war die tägliche Regelarbeitszeit bereits auf zehn oder neun Stunden reduziert worden. Übertretungen der gesetzlichen Maximalarbeitszeit war nach den Wahrnehmungen dieses Berichts eine Seltenheit. „Zum Theile ist dies wohl mit auf die für die Abkürzung der Arbeitszeit eingeleitete Agitation zurückzuführen, zum Theile aber auch dadurch zu erklären, dass derlei Übertretungen, sofern sie zur Kenntniss der Gewerbe-Behörde gelangen, streng geahndet werden.“

Die hier angesprochene „Agitation“ war ohne Zweifel der Arbeiterbewegung zu verdanken. Regelmäßig wurden entsprechende Forderungen aufgestellt, zum Beispiel auch bei den Versammlungen anlässlich des 1. Mai 1894, der nur wenige Tage auf die Veröffentlichung dieses Berichts der Gewerbeinspektoren folgten.

Um die Jahrhundertwende intensivierten sich die Auseinandersetzungen um die Verkürzung der Arbeitszeit. 1897 streikten in Linz und Urfahr rund 300 „Bau- und Möbeltischlergehilfen“ für die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf neunehnhalf Stunden – zumindest in den größeren Tischlereibetrieben wurde dieses Ziel erreicht. In anderen Teilen der Habsburgermonarchie nahmen diese Arbeitskämpfe sehr viel größere Dimensionen an, Anfang 1900 streikten zum Beispiel 65.000 Bergarbeiter in Böhmen und Mähren für den Zehnstundentag.

Verwirklicht wurde der Achtstundentag erst durch einen Gesetzesbeschluss am Beginn der 1. Republik im Jahr 1918 unter der Verantwortung des sozialdemokratischen „Staatssekretärs für soziale Fürsorge“ Ferdinand Hanusch.

WAHLRECHT

Forderungen nach einem allgemeinen und gleichen Wahlrecht waren in Österreich während der Revolution 1848 deutlich hörbar geworden. Mit dem Sieg der Revolutionsgegner und der Durchsetzung des Neoabsolutismus war diese Idee aber in den politischen Untergrund verdrängt worden. In den 1860er Jahren tauchte die Forderung aber wieder auf.

Kaiser Franz Josef musste mit dem „Februarpatent“ 1861 ein Staatsgrundgesetz unterzeichnen, das eine Art parlamentarische Reichsvertretung einrichtete und Landesordnungen mit Landtagswahlordnungen enthielt. Der Reichsrat bestand aus zwei Kammern, erstens dem Herrenhaus, dessen Mitglieder vom Kaiser bestellt wurden. Zweitens gab es das Abgeordnetenhaus, dessen Angehörige von den Landtagen entsandt und diese wiederum mittels eines rigiden Kurienwahlrechts zusammengesetzt wurden. Der oberösterreichische Landtag hatte beispielsweise nach der

„Die mehr als 10.000 Teilnehmer an der heutigen Kundgebung haben ihren unabänderlichen Willen demonstriert, die ihnen bisher vorenthaltenen Rechte sich zu erobern. Heute haben wir zwei Stunden gefeiert, um unseren Willen kundzutun, wir hoffen, daß es nicht nötig sein wird, tagelang die Arbeit ruhen zu lassen, um unser Recht zu erringen.“

» AUS:

ANTON WEIGUNY AUF DER WAHLRECHTSDEMONSTRATION
AM 6. NOVEMBER 1905 VOR DEM LANDHAUS IN LINZ



*Mehr als 10.000 Menschen demonstrieren am 6. November 1905
vor dem Landhaus in Linz für das allgemeine Wahlrecht.*

Landesordnung von 1861 insgesamt 50 Mitglieder. Zehn davon repräsentierten den „landtäflichen Großgrundbesitz“ (das waren Adelige, Kleriker und reiche Bürgerliche), 17 Abgeordnete stellten die Städte und Industrieorte, die Handels- und Gewerbekammer entsandte drei und die Landgemeinden 19 Abgeordnete. Der 50. Abgeordnete war der katholische Bischof von Linz.

Nur etwa sechs Prozent der Bevölkerung durften wählen. Das Wahlrecht war an die Leistung direkter Steuern in einer bestimmten Höhe oder an die Zugehörigkeit zur „Intelligenzschicht“ gebunden. Die Arbeiter (oder gar Arbeiterinnen) hatten somit keinerlei Mitsprachmöglichkeiten und kein Wahlrecht. Am 12. April 1868 wurde auf einer Arbeiterversammlung in Wien eine Resolution beschlossen, die das allgemeine und gleiche Wahlrecht forderte. Einige Tage später empfing der Innenminister Karl Giskra eine Abordnung der Arbeiterversammlung, nahm die Resolution entgegen und sagte: „Das allgemeine Wahlrecht ist eine Phantasmagorie, es ist nie durchführbar. Darüber muss man zur Tagesordnung übergehen. Glauben Sie nicht, dass wir in Österreich eine Pöbelherrschaft einführen werden, wo das Proletariat mit den Mützen auf dem Kopfe und der Pike in den Händen in den Sitzungssaal stürmt.“

Gegen das Wahlrecht ganz allgemein bzw. gegen Wahlen grundsätzlich waren immer schon jene, die meinten, dass die bestehende Ordnung gottgewollt sei und daher die Herrschenden die politischen Entscheidungen zu treffen hätten. Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts war diese Position auch in Österreich immer unmöglicher geworden. Die Argumente wandelten sich. Es hieß, dass nur jene (männlichen) Staatsbürger wählen sollten, die ausreichend Besitz hatten, genug verdienten und auch gut gebildet waren, die Habenichtse sollten nichts mitzureden haben. Und Frauen sowieso nicht.

Ausgehend vom Einigungsparteitag führte die Sozialdemokratie federführend den Kampf um das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht. Beispielsweise berichtet die Tages-Post aus Gmunden von einer Ansprache Anton Indras – der schon den dortigen Arbeiterverein in Hainfeld vertreten hatte – bei der Kundgebung am 1. Mai 1894: „Sodann behandelt Herr Indra in drastischer Weise dieses Thema und erzielte mit seinem Vergleiche des Parlaments mit einem Gebäude, in welchem die drei Stockwerke von den dermal bevorzugten Classen bewohnt werden, in welchem sich die als Hausmeister fungierende Polizei gegen die Bewohner des ersten Stocks devot, gegen die des zweiten zuvorkommend, gegen jene des dritten wohlwollend, gegen die Bewohner des Bodens und des Kellers, dem gegenwärtig politisch rechtlosen Proletariat, aber grob benimmt einen Heiterkeitserfolg.“

Der Druck bürgerlicher Demokraten und der Arbeiterbewegung führte dazu, dass es im Jahr 1896 zu einer weiteren Wahlrechtsreform für das Abgeordnetenhaus des Reichsrats kam. Es wurde eine fünfte Kurie eingeführt, in dieser hatten alle Männer, die älter als 24 Jahre waren und ein Jahr am selben Ort wohnten, das Wahlrecht. Die Ungerechtigkeit des Kurienwahlrechts blieb aber voll und ganz bestehen: Die 5.000 Großgrundbesitzer der ersten Kurie wählten 85 Mandatäre, die über fünf Millionen Wähler der neuen, fünften Kurie entschieden über 72 Abgeordnetensitze. 1897 wurde nach dieser Wahlordnung abgestimmt und die Sozial-

Lichtstrahlen Nr. 12.

Was wollen die Sozialdemokraten?

Zur Aufklärung im Wahlkampfe
von Dr. Wilhelm Ellenbogen.

Preis 10 Heller. —

Wien 1907.

Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz
Brand, Ul., Gumpendorferstrasse Nr. 18.

*Agitationsbroschüre der österreichischen Sozialdemokratie für die Reichsratswahlen 1907,
Autor war der bekannte Arzt und sozialdemokratische Politiker Dr. Wilhelm Ellenbogen.*

demokratie zog mit 14 Abgeordneten (von insgesamt 425) erstmals in den Reichsrat ein. 13 Katholisch-Konservative, fünf Liberale und zwei Deutschnationale waren die oberösterreichischen Abgeordneten, kein Sozialdemokrat aus Oberösterreich schaffte den Einzug in den Reichsrat.

Die sanften Reformen befriedeten die Sozialdemokratie nicht. Am 6. November 1905 „fand in Linz die von der sozialdemokratischen Parteileitung angekündigte Wahlrechtsdemonstration statt, die in vollster Ruhe verlief. Trotzdem mehr als 10.000 der arbeitenden Klasse angehörige Personen vor dem Landhause sich versammelt hatten.“ Genau drei Wochen später, am 28. November 1905, demonstrierten auf der Wiener Ringstraße mehr als 200.000 Menschen für das allgemeine und gleiche Wahlrecht. Im November 1906 diskutierte das Abgeordnetenhaus eine entsprechende Wahlrechtsreform. Neben Zustimmung gab es auch entschiedenen Widerspruch. Der böhmische Großgrundbesitzer Ernst Graf Silva-Tarouca sagte: „Vom ersten Tag an hat man diesen Reformentwurf auf Demonstrationen gestützt, welche, weit die Grenzen legitimer Agitation hinter sich lassend, unter Kenntnis und wohlwollender Duldung der jeweiligen Regierung die Beschlüsse des Hauses unter den Einfluss des Terrorismus stellen sollten.“ Und weiter „dass der Terrorismus sich auch in Zukunft einstellen und maßgeblichen Einfluss auf die Gesetzgebung unseres Parlaments ausüben wird. Die Folgen dieses von Schritt zu Schritt erfolgenden Zurückweichens der Staatsautorität und der Gesetzmäßigkeit musste die traurigsten Konsequenzen zeitigen“.

Das war nur mehr eine Minderheitenposition. Am 26. Jänner 1907 unterzeichnete Franz Josef die neue Wahlordnung, die der Reichsrat zuvor beschlossen hatte. Sie beinhaltete das allgemeine, gleiche und geheime Männerwahlrecht, Frauen blieben auch weiterhin von jeder demokratischen Teilhabe ausgeschlossen. Im Vorfeld der Beschlussfassung hatten die Sozialdemokraten (und ein Teil der Frauen innerhalb der Sozialdemokratie) auf die dezidierte Forderung auch nach dem Frauenwahlrecht verzichtet. Adelheid Popp formulierte es so: „...dass der Augenblick des großen Kampfes, der jetzt gekommen ist, nicht dazu angetan ist, das gleiche Recht der Frau in den Vordergrund zu stellen.“ Diese Argumentation, die der Vorgangsweise der Parteiführung entsprach, erfuhr auch Widerspruch. Am Parteitag der SPD 1906 kritisierten sowohl der Parteiführer August Bebel als auch die wichtigste Frauenpolitikerin der deutschen Sozialdemokratie jener Zeit, Clara Zetkin, die Vorgangsweise der österreichischen Partei heftig.

Bei den Reichsratswahlen im Mai 1907 erhielt die sozialdemokratische Partei in Oberösterreich 13 Prozent und gewann drei Mandate, sie war damit vor den Deutschnationalen (zwei Mandate) zweitstärkste Partei, aber deutlich abgeschlagen hinter der Katholischen Volkspartei (Christlichsoziale) mit 17 Abgeordneten. Im Abgeordnetenhaus mit seinen 516 Sitzen stellten die Christlichsozialen mit 96 Mandaten die relative Mehrheit, die Sozialdemokraten kamen auf 87. Sie waren damit die zwei stärksten Fraktionen, bei den nächsten Wahlen 1911 wurde die Sozialdemokratie erstmals stärkste Kraft. Die Ebene der Gemeinden und der Länder – also auch den Oberösterreichischen Landtag – betraf die Reform aber nicht, das Kurienwahlrecht blieb dort bis zum Ende der Monarchie bestehen.

„... aus allen Spalten und Zeilen des ‚Volksblatt‘ leuchtet die Aufforderung hervor: Ihr alle, so Ihr schwarz seid, wählet rot! Wir waren von dieser Wahlparole nach all dem, was wir im ‚Linzer Volksblatt‘ zu lesen bekamen, nicht überrascht. Überrascht allerdings waren wir, daß die klerikale Herde auch diesmal wieder gedankenlos und derart geschlossen dieser unglaublichen Wahlparole folgte. (...) Der einzige Fall in ganz Österreich, daß Sozialdemokraten mit klerikaler Hilfe in den Reichsrat gelangen!“

» AUS:

TAGES-POST, 25. MAI 1907

„Ein Tag des Schreckens war der 23. Mai für die Freisinnigen. Sie verloren von fünf Mandaten nicht weniger als drei und behaupteten die beiden übrigen nur mit Hilfe der Sozialisten. Das ist beinahe der Untergang. (...) Das Wahlergebnis läßt keinen Zweifel darüber, daß ein Teil der christlichen Wählerschaft direkt zu den sozialistischen Kandidaten überlief und hiedurch deren Sieg herbeiführte. Die ‚Tages-Post‘ stimmt schon gestern ein entsetzliches Lamento über die Haltung der ‚Klerikalen‘ an und gibt die ganze Schuld – dem ‚Linzer Volksblatt‘, das mit höllischer Planmäßigkeit die Niederlage der Freisinnigen vorbereitet habe.“

» AUS:

LINZER VOLKSBLATT, 25. MAI 1907

Als am 4. März 1919 die erste Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung der 1. Republik stattfand war es die erste Sitzung eines Parlaments in Österreich, für das Frauen das aktive und passive Wahlrecht gehabt hatten. Acht weibliche Abgeordnete nahmen an der Sitzung teil, sieben dieser Mandatarinnen kamen aus der sozialdemokratischen, eine aus der christlichsozialen Partei.

Damit waren die zwei konkreten Hauptforderungen vom Einigungsparteitag 1888/89 in Hainfeld, der Achtsturentag und das allgemeine und gleiche Wahlrecht für alle, knapp dreißig Jahre nach dem Beschluss endgültig erreicht worden.

„Adler hat den Kampf um die Demokratie in dem Glauben geführt, die Demokratie könne das alte Österreich umgestalten, modernisieren; in Wirklichkeit musste sie es sprengen.“

» AUS:

OTTO BAUER ÜBER VICTOR ADLER



Oesterreichische Waffenfabrik, Steyr, 1901.

ZUM SCHLUSS

Die Entwicklung der österreichischen Sozialdemokratie vom Einigungsparteitag bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs ein Vierteljahrhundert später lässt sich nur als fulminanter Aufstieg beschreiben. Die Zahl der Mitglieder stieg massiv, Strukturen der Parteiorganisation entstanden und entwickelten sich positiv, politische Forderungen konnten umgesetzt werden, bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus des Reichsrats 1911 wurde die Sozialdemokratie zur stimmenstärksten Fraktion. Diese Beispiele ließen sich fortsetzen.

Warum aber entwickelte sich die Sozialdemokratie nach ihrer Gründung derart positiv? Darauf gibt es nicht die eine passende Antwort, es ist ein ganzes Bündel von Gründen. Sie lagen nicht nur an der Sozialdemokratie selbst. Es setzte sich in dieser Zeit der Aufstieg des Industriekapitalismus weiter fort. Es gab immer mehr Fabriken mit immer mehr Arbeitern und Arbeiterinnen, die Arbeiterklasse wurde größer und größer. Damit stieg natürlich auch die Zahl der potenziellen Anhänger und Anhängerinnen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Dieses Vierteljahrhundert war auch eine Zeit der wirtschaftlichen Prosperität, die Arbeits- und Lebensbedingungen der abhängig arbeitenden Menschen wurden besser: Die Löhne stiegen, die Arbeitszeiten wurden kürzer, der Arbeitsschutz verbessert. Auch das machte die Arbeit der Sozialdemokratie leichter. Dazu kam, dass die soziale Frage von fast allen politischen Kräften als drängendes Problem gesehen wurde. Da mochten die Antworten der Sozialdemokratie zwar weiter als falsch bezeichnet werden, totgeschwiegen konnte das Hauptanliegen der Arbeiterbewegung aber nicht werden. Und schon zum Zeitpunkt der Parteigründung war offensichtlich, dass die drakonischen Polizeimaßnahmen zwar die Arbeiterbewegung behindern, aber nicht verhindern konnten. Das öffnete Handlungsspielräume für die junge Partei.

Es gab aber natürlich auch eine Reihe von Dingen, die die Sozialdemokratie richtig machte. Die folgende Aufzählung ist sicher nicht vollständig, aber wesentliche Punkte finden sich hier.

Insbesondere am Anfang der Arbeiterbewegung wurde sie immer wieder von liberalen Bürgerlichen unterstützt. Ein wesentlicher Schritt zur erfolgreichen Sozialdemokratie waren die politische und organisatorische Eigenständigkeit. Damit war die Arbeiterbewegung kein Anhängsel anderer politischer Strömungen, sondern wurde zur eigenständigen Trägerin der gemeinsamen, wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Interessen der Arbeiter und der Arbeiterinnen. Diese politische Eigenständigkeit war auch eine logische Konsequenz aus der Erkenntnis, dass die Benachteiligung der Arbeiterklasse nicht einfach nur auf kultureller Ausgrenzung und dem Mangel an Bildung basierte, sondern dass die ökonomische Ausbeutung auch die kulturelle Diskriminierung zur Folge hat.

Die Sozialdemokratie der Gründungszeit war eine Partei der Arbeiter – aus der Industrie und aus dem Gewerbe – und sie war die Partei einer kleinen Gruppe Intel-

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Österreich erstrebt für das gesamte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechts die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, die Beseitigung der politischen Rechtlosigkeit und die Erhebung aus der geistigen Verkümmernng. Die Ursache dieses unwürdigen Zustandes ist nicht in einzelnen politischen Einrichtungen zu suchen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Thatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzender monopolisiert sind. Die Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, wird dadurch zum Sklaven der Besitzer der Arbeitsmittel, der Kapitalistenklasse, deren politische und ökonomische Herrschaft im heutigen Staate Ausdruck findet.“

» AUS:

PRINZIPIENERKLÄRUNG DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI,
BESCHLOSSEN AM EINIGUNGSPARTEITAG IN HAINFELD, 1888/89



Veranstaltungssaal zum goldenen Pflug,
Vereinslokal der sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen Steyr's.

lektueller aus dem Bürgertum wie beispielsweise Victor Adler. In den politischen und wirtschaftlichen Kämpfen war sie aber ganz eindeutig eine „Arbeiterpartei“. Die Partei beanspruchte für sich nicht, die Partei aller Menschen zu sein. Die Interessen der Arbeiterklasse wurden den Interessen der Adeligen, der Bauern und des Bürgertums entgegengestellt. Das bedeutete nicht nur Konfrontation, das schloss Kooperationen bei einzelnen Fragen mit anderen ein.

Den Kulturkampf um eine bessere und modernere Schule führte die Sozialdemokratie gemeinsam mit dem liberalen Bürgertum gegen Kirche und adeligen Großgrundbesitz. Die technologisch fortschrittlichen Fabrikanten brauchten gut ausgebildete Arbeitskräfte – Naturwissenschaften statt Kaiserhuldigung – und die Arbeiterbewegung erkannte die wachsenden persönlichen Handlungsräume durch gute Bildung für alle. Die Klarheit der eigenen Interessen und politischen Forderungen machte die Sozialdemokratie beweglich, ohne beliebig zu sein. Diese Kombination ermöglichte innerhalb der Sozialdemokratie einen regen Austausch und mitunter lebhaftige Diskussionen mit unterschiedlichen Positionen.

Die Prinzipienklärung von Hainfeld schaffte programmatisch einen schwierigen, aber notwendigen Dreischritt. Es wurde erstens das Ziel der Überwindung des Kapitalismus eindeutig festgeschrieben. „Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Österreich erstrebt für das gesamte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, die Beseitigung der politischen Rechtlosigkeit und die Erhebung aus der geistigen Verkümmernung. (...) Der Übergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesamtheit des arbeitenden Volkes bedeutet also nicht nur die Befreiung der Arbeiterklasse, sondern auch die Erfüllung einer geschichtlich notwendigen Entwicklung.“ Zweitens gelang es, zwei Forderungen als eindeutige Leitlinien der praktischen Parteiarbeit zu verankern. Der Achtstundentag und das allgemeine und gleiche Wahlrecht gaben der politischen Alltagsarbeit Struktur und Richtung. Und drittens hatte die junge Sozialdemokratie eine Reihe von konkreten Forderungen, die unmittelbar das alltägliche Leben der Arbeiter und Arbeiterinnen verbesserten. Damit waren die Programmatik der Partei und ihre Politik stimmig ausgerichtet, so gelang es auch den davor jahrzehntelang lähmenden Streit zwischen Radikalen und Gemäßigten zu überwinden.

Wesentlichen Anteil am Aufstieg der Partei hatte Victor Adler. Durch seine Persönlichkeit wurde er von den unterschiedlichen Gruppen innerhalb der Bewegung akzeptiert und anerkannt. Dabei konnte er nicht alles. Er war kein Theoretiker, aber ließ nach der Jahrhundertwende junge Theoretiker wie Karl Renner, Otto Bauer oder Rudolf Hilferding in entsprechende Positionen. Adler machte in der Auseinandersetzung mit den Frauen in der Partei nicht immer eine glückliche Figur (um es nett auszudrücken), aber er sorgte doch dafür, dass die Frauen Ressourcen und politischen Raum in der österreichischen Sozialdemokratie bekamen. Und Adler erwarb sich im Laufe der Jahre Anerkennung weit über die Parteigrenzen hinaus. Noch eine ganz besondere Stärke hatte Adler, er konnte aus der Beschreibung von scheinbaren Nebensächlichkeiten und Kleinigkeiten, die Unmenschlichkeit und Ungerechtigkeit des gesamten gesellschaftlichen Systems herleiten. Mit der Darstel-

„Lieber Victor (...) Ihr steht in einer aufsteigenden politischen Bewegung; Wahlreform ist Euch sicher, & schon der Kampf um ein solches Ziel, um einen unmittelbaren politischen Fortschritt, ist ein enormer Vorteil (...) Kurz Ihr seid in der Offensive, & zwar in einer, die zunächst noch des Sieges gewiss ist. Dagegen in Frankreich, Deutschland, Italien stehen unsere Leute in einer nicht einmal immer hoffnungsvollen Defensive, haben den Ansturm einer sich immer stärker aus den verschiedenen Parteien zusammenballenden Reaktion auszuhalten. (...) Aber bei alledem ist Eure Lage für den Kampf momentan günstiger – Ihr greift an, erobert Schritt vor Schritt Terrain, jeder errungene & besetzte neue Bodenabschnitt stärkt nicht nur Eure Stellung sondern führt Euch Massen neuer Verstärkung zu; (...)“

» AUS:

FRIEDRICH ENGELS AN VICTOR ADLER
AM 17. JULI 1894

lung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft der Wienerberger Ziegelwerke in Favoriten stellte er schreiende Ungleichheit bloß. Mit seinen Berichten über die Pferdetramwaykutscher von Wien, und dabei insbesondere dem Vergleich der Arbeitszeiten der Kutscher mit jener der Pferde, zeigte er den Wahnsinn des Systems.

Diese Stärken bedeuten natürlich nicht, dass die österreichische Sozialdemokratie in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg keine Probleme gehabt oder keine Fehler gemacht hätte. Auf drei sei hier hingewiesen. Erstens gelang es nicht, den Anspruch des Kommunistischen Manifests „Proletarier aller Länder vereinigt euch“ zu erfüllen. War beim Einigungsparteitag noch der Anspruch formuliert worden, die unterschiedlichen Nationalitäten der österreichischen Reichshälfte zu vertreten, so begann schon in den 1890er Jahren die Abkehr der tschechischen Sozialdemokraten von der Hainfelder-Partei und die Orientierung zu eigenständigen Strukturen. Zweitens blieb die Benachteiligung und Unterdrückung von Frauen – auch von Arbeiterinnen – konzeptionell bestenfalls ein „Nebenwiderspruch“ im Kapitalismus. Der Gegensatz von Kapital und Lohnarbeit dominierte nicht nur alles andere, er wurde auch als Konflikt zwischen Männern gesehen und verstanden. Die Frauen sollten sich unterordnen, auch dem männlichen Bild von Politik. Dieser Sexismus war zwar in den anderen Parteien noch viel ausgeprägter, aber auch in der Sozialdemokratie unübersehbar. Und drittens hat die österreichische Sozialdemokratie zwar die Aufrüstung und Kriegsvorbereitung vor dem Jahr 1914 kritisiert, aber sich politisch nicht ausreichend gegen den großen Krieg gewehrt. Dieser Erste Weltkrieg brachte auch die erste große Krise der Sozialdemokratie mit sich.

Trotz der eben skizzierten Fehler begann mit dem Einigungsparteitag in Hainfeld, den ersten 1.Mai-Demonstrationen 1890 und der Gründung der oberösterreichischen Landespartei im Goldenen Hirschen im November 1891 der Aufstieg der Sozialdemokratie zur Massenpartei. Soziale Gerechtigkeit und Demokratie wurden damit auf die politische Tagesordnung gesetzt. Schaut man sich die heutigen Verhältnisse an, dann wird deutlich, dass diese Fragen auch heute noch drängende Probleme sind. Sie sind ein klarer Auftrag für die Sozialdemokratie!

VERWENDETE LITERATUR

GEDRUCKTE QUELLEN:

- Adler, Victor; „Bericht an die Internationale“;
in Adler, Victor und Engels, Friedrich; „Briefwechsel“; Berlin 2011
- Adler, Victor; „Mein erster Mai“;
in ders. „Aufsätze, Reden und Briefe“; Bd. II; Wien 1923
- Baron, Gerhard; „Der Beginn“; Linz 1971
- Bruckmüller, Ernst; „Sozialgeschichte Österreichs“; Wien, München 1985
- Brügel, Ludwig; „Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie“;
Bd. 3 und Bd. 4; Wien 1922
- Dobesberger, Bernd; „Geschichte der Oberösterreichischen Kinderfreunde“;
in Braun, Karl-Heinz u.a. (Hg.); „Lernort Kinderfreunde“; Opladen 1998
- Eigner, Peter und Helige, Andrea (Hg.);
„Österreichische Wirtschafts- und Sozialgeschichte“; Wien 1999
- Exner-Kögler, Eveline; „Den Frauen ihr Recht!“;
in „Die Bewegung lebt“; Linz 1989
- Hauch, Gabriella; „Der diskrete Charme des Nebenwiderspruchs“;
in Maderthaner, Wolfgang (Hg.);
„Sozialdemokratie und Habsburgerstaat“; Wien 1988
- Haider, Siegfried; „Geschichte Oberösterreichs“; Wien 1987
- Hannak, Jacques; „Im Sturm eines Jahrhunderts“; Wien 1952
- Hautmann, Hans und Kropf, Rudolf;
„Die österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945“; Wien 1974
- Heinisch, Severin und Weber-Felber, Ulrike;
„Excesse und Insulten“ in „Arbeit/Mensch/Maschine“ Beiträgeband; Linz 1987
- Karny, Thomas; „Lesebuch zur Geschichte der oberösterreichischen Arbeiter“;
Grünbach 1990
- Klenner, Fritz; „Hundert Jahre österreichischer Gewerkschaftsbewegung“;
Wien 1981
- Klenner, Fritz; „Die österreichischen Gewerkschaften“; Wien 1951
- Konrad, Helmut; „Das Entstehen der Arbeiterklasse in Oberösterreich“; Wien 1981
- Kropf, Rudolf; „Oberösterreichische Industrie (1873 – 1938)“; Linz 1981
- Maderthaner, Wolfgang; „Formationsperiode“;

in Androsch, Hannes; Fischer, Heinz; Maderthaler, Wolfgang (Hg.);
„Österreichische Sozialdemokratie seit 1889“; Wien 2020

Maderthaler, Wolfgang; „Die Entwicklung der Organisationsstruktur der
deutschen Sozialdemokratie in Österreich 1889 bis 1913“;
in ders. (Hg.); „Sozialdemokratie und Habsburgerstaat“; Wien 1988

Mayrhofer, Fritz und Katzinger, Willibald;
„Geschichte der Stadt Linz“ Bd. 2; Linz 1990

Misik, Robert; Schörkhuber, Brigitte; Welzer, Harald (Hg.);
„Arbeit ist unsichtbar“; Wien 2018

Pallestrang, Kathrin; „Die Erfindung einer Tradition“;
in Maderthaler, Wolfgang; Maier, Michaela (Hg.);
„Acht Stunden aber wollen wir Menschen sein“; Wien, 2010

Rumpler, Helmut; „Eine Chance für Mitteleuropa“; Wien 1997

Sandgruber, Roman; „Ökonomie und Politik“; Wien 1995

Schnell, Hermann; „Die österreichische Schule im Umbruch“; Wien 1974

Slapnicka, Harry; „Oberösterreich unter Kaiser Franz Joseph“; Linz 1982

Steiner, Herbert; „Die Arbeiterbewegung Österreichs 1867 – 1889“ Wien 1964

Troch, Harald; „Rebellensonntag“; Wien 1991; S. 39

Weidenholzer, Josef; „Ein Jahrhundert Sozialdemokratie in Linz“;
in „Die Bewegung lebt“; Linz 1989

Weiguny, Anton; „Erinnerung eines Alten“; Linz 1911

ONLINE-QUELLEN:

anno.onb.ac.at

dasrotewien.at

de.wikipedia.org

frauenmachengeschichte.at

geschichtewiki.wien.gv.at

kathpedia.com

parlament.gv.at

onb.ac.at

rotbewegt.at

NOTIZEN

NOTIZEN

*Was wir ersehnen von der Zukunft Fernen:
Dass Arbeit uns und Brot gerüstet stehn;
Dass unsre Kinder in der Schule lernen
Und unsre Alten nicht mehr betteln gehn.*

Das Original dieses Gedichts wurde vom französischen Dichter Gustave Leroyr im Jahr 1848 veröffentlicht. Die deutsche Übersetzung fand auch in der frühen österreichischen Sozialdemokratie rasch Verbreitung. Poetisch und knapp werden hier deren Ziele formuliert.

IN DIESER PUBLIKATION GEHT ES UM ZIELE UND FORDERUNGEN DER SOZIALDEMOKRATIE IN OBERÖSTERREICH, UM DEN AUFBAU DER PARTEIORGANISATION UND UM DIE AUSEINANDERSETZUNGEN UND KONFLIKTE, DIE SIE FÜR ARBEIT, BROT, BILDUNG UND ALTERSSICHERUNG FÜHRTE.

Bernd Döbesberger

DIE ROTEN IM BAUERNLAND